

7	Trauer um Klaus Pinzek
9	Homage an Daniel Tapia
13	Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten
25	Honduras: Länderbericht und Aktivitäten
53	Kolumbien: Länderbericht und Aktivitäten
65	El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten
79	Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten
89	Solidaritätsreise
97	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Editorial

Wenn man das Jahr 2017 mit einem Wort charakterisieren will, passt vielleicht am besten das Wort Umbruch. Umbruch gab es nicht nur bei uns im Ökumenischen Büro, wo es wieder einige Wechsel im Team gab, sondern viel gravierender war der allgemeine politische Umbruch in unseren Partnerländern: In Mexiko und Kolumbien, in denen man sich auf die Präsidentschaftswahlen 2018 vorbereitet und vor allem in Honduras, das nach dem Wahlbetrug von 2017 gerade die größte politische Krise seit dem Putsch 2009 durchmacht. Dazu herrscht in allen Ländern eine große Unsicherheit, was für Konsequenzen die unberechenbare Politik der US-Regierung unter Donald Trump in Zukunft haben wird. Die gravierendste Veränderung für uns im Ökumenischen Büro war aber der Tod unseres langjährigen ehrenamtlichen Mitglieds Klaus Pinzek. Mit all dem beschäftigt sich dieser Jahresbericht 2017.

Mexiko:

Überall im Land sieht man positive Anzeichen aber auch genau so viele negative. So hat 2017 das letzte Amtsjahr von Enrique Peña Nieto begonnen. Aber 2017 war auch das gewalttätigste Jahr seit dem Ex-Präsident Felipe Calderón 2006 den „Drogenkrieg“ erklärte. Auf der einen Seite verabschiedete das Parlament drei Jahre nach dem gewaltsam verursachten Verschwinden der 43 Studenten in Ayotzinapa ein Gesetz gegen das Verschwindenlassen. Auf der anderen Seite verabschiedete das gleiche Parlament auch das neue Gesetz zur Inneren Sicherheit, das die Militarisierung des Landes ausweiten wird. Aber man darf hoffen: Für die Präsidentschaftswahlen 2018 strebt erstmals eine Indigene die Kandidatur an.

Honduras:

Honduras hat 2017 bewiesen, dass es immer noch schlimmer werden kann. Das Jahr endete mit der größten politischen Krise des Landes seit dem Putsch 2009: Auf die verfassungswidrige Wiederkandidatur des bis dahin amtierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández folgte in den Wahlen vom November ein manifester Wahlbetrug zu seinen Gunsten. Dagegen gingen die Oppositionsallianz und weite Kreise der Bevölkerung auf die Barrikaden. Das Regime reagierte mit tödlicher Repression. Kurz zuvor hatte eine internationale Gruppe unabhängiger

Expert*innen¹ nachgewiesen, dass der Mord an Berta Cáceres im März 2016 eindeutig von einer kriminellen Vereinigung aus staatlichen Sicherheitskräften und Angehörigen der Betreiberfirma DESA des Staudammprojektes Agua Zarca geplant worden ist.

El Salvador:

Auch in El Salvador erkennt man 2017 Licht und Schatten. Beim Umweltschutz gab es auf der einen Seite das weltweit erste Verbot von metallischem (Gold-)Bergbau, auf der anderen Seite lässt ein dringend notwendiges Wassergesetz weiterhin auf sich warten. Hoffnung macht, dass sich nun endlich 17 ehemalige Militärs für das Massaker von El Mozote vor Gericht verantworten müssen. Auf der anderen Seite schwebt Trumps Migrationspolitik wie ein Damoklesschwert über dem mittelamerikanischen Land. Wenn wirklich bis zu 60.000 Menschen aus den USA nach El Salvador abgeschoben werden, ist nicht zu sehen, wie das kleine Land dies verkraften soll.

Nicaragua:

Nicaragua ist weiterhin eine Ausnahme an politischer und wirtschaftlicher Stabilität unter unseren Partnerländern, was sich an dem hohen Sieg der Regierungspartei FSLN bei den Gemeindewahlen zeigte. Die Bevölkerung ist zum großen Teil zufrieden, vor allem mit der wirtschaftlichen Situation. Aber gerade von Seiten der Wirtschaft drohen Gefahren von außen. Der wichtigste Partner Venezuela kämpft mit enormen Problemen und die USA drohen mit Sanktionen. Dazu verdichten sich die Anzeichen, dass der Traum vom interozeanischen Kanal sich als Schimäre entpuppen könnte.

Kolumbien:

Das Jahr 2017 wurde sowohl von der Umsetzung der Friedensverträge zwischen der kolumbianischen Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia („Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“) FARC-EP geprägt als auch vom Beginn des Wahlkampfes um die

¹ Expert*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete * ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

Präsidentschaft und um den Senat. Die Wahlen finden 2018 statt und haben wegen der Größe des Landes auch regionale Bedeutung. Diese Situation hat zu einer Teilung des kolumbianischen Volkes geführt und bringt gesellschaftliche Auswirkungen mit sich, die sich vor allem auf die gefährdetsten Personengruppen negativ auswirken.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros:

Exemplarisch unter den vielen in diesem Jahresbericht beschriebenen Veranstaltungen soll hier schon einmal auf die Solidaritätsreise nach Mittelamerika hingewiesen werden. Die in Kooperation mit dem Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal veranstaltete Reise führte im August 2017 nach Nicaragua und El Salvador. Dort besuchte die Gruppe befreundete Basisorganisationen, um einen Einblick in die aktuelle Lebenssituation der Bevölkerung zu gewinnen. Die angesprochenen Themen waren vielfältig: In Nicaragua erfuhr die Gruppe Wissenswertes zum Nicaraguakanal, zur Auswirkung des Klimawandels und zur Bedeutung kommunaler Radios, in El Salvador gab es Informationen zur Nachwirkung der bewaffneten Konflikte in den 1980er Jahren, zur aktuellen Jugendgewalt und zu Auswirkungen der Freihandelsverträge auf die Situation der Bevölkerung in El Salvador und Mittelamerika.

Veränderungen im Büro:

Auch 2017 gab es wieder einige Änderungen in unserem Team. Zwei Hauptamtliche wechselten und es gelang uns, eine neue Stelle zu schaffen. Der Wechsel in den Arbeitsbereichen Mexiko und Menschenrechte verlief sehr harmonisch, da er schon im Vorjahr eingeleitet worden war. Daniel Tapia, der 2016 ein Sabbatjahr eingelegt hatte, hat das Ökumenische Büro endgültig verlassen und an Cristina Valdivia, die ihn bisher sehr gut vertreten hat, übergeben. Auch auf der Finanzstelle gab es wieder einen Wechsel, denn Blanka Koffer verließ uns schon nach wenigen Monaten. Jetzt kümmert sich Helge Latzina fast ein Jahr um unsere Finanzen und hat sich bei uns gut eingelebt. 2017 ist Alejandro Pacheco neu zum Team des Ökumenische Büros gestoßen und hat sich als ideale Besetzung erwiesen.

Nach mehr als zehn Jahren hat Miriam Stumpfe ihre erfolgreiche Vorstandsarbeit beendet. Wir danken ihr herzlich für ihr Engagement und sind uns sicher, dass wir mit Alejandro Pacheco einen guten Nachfolger für sie im Vorstand gefunden haben.



Das Team der Hauptamtlichen

Allen Hauptamtlichen, ob sie sich verabschiedet haben, neu gekommen oder geblieben sind, danken wir ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die Kooperationspartner*innen sowie unsere treuen und neuen Spender*innen.

Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit und unsere Projekte im Jahr 2017 finanziell unterstützt haben, herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global (BMZ), Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Misereor, Oxfam Deutschland e.V.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2018.

**Das Ökumenische Büro trauert um
Klaus Pinzek
† 9. September 2017**

Klaus, du und das Ökumenische Büro haben 30 Jahre zusammen gehört.

In der Internationalen Solidaritätsbewegung mit Mittelamerika hast du in Stille und Bescheidenheit Geschichte geschrieben. Im Jahr 1985 fing alles an, als 80 Menschen von München aus nach Nicaragua fliegen wollten. Das Ökumenische Büro hatte zu Solidaritätsbrigaden aufgerufen und es meldeten sich viele. Einer davon warst du, der sofort Verantwortung übernahm und die Flüge organisierte.

Du machtest es so gut und wohl auch gerne, dass du 30 Jahre dabei bliebst. Zuerst organisiertest du die Flüge der Brigadist*innen, dann für unsere Gäste aus Nicaragua und für Delegationsreisen von/nach München El Salvador, Honduras u.a.

Alles lief über dich und es lief so gut, dass das Ökumenische Büro den Flugdienst, eine Agentur, die schon bald „billige Flüge weltweit“ anbot, gründete. Damit wurde ein großer Teil unserer Projekte finanziert.

Du warst der Flugdienst. Der, der neben seinem Beruf zu jeder Zeit erreichbar war – abends, am Wochenende, immer – und Flüge organisierte. Wenn man irgendwo auf der Welt jemanden traf und fragte, über wen sie die Flüge gebucht haben, wie oft wurde dann geantwortet: bei Klaus in München.

Bis 1996 machtest du das alleine, dann brauchtest du Unterstützung und mit dieser Unterstützung arbeitete der Flugdienst bis 2015. Die Entwicklung in den letzten Jahren machte es aber immer schwerer, über den Flugdienst Spenden für unsere Partnerländer zu generieren. Deshalb hat das Ökumenische Büro seinen Flugdienst zum 1. Januar 2016 eingestellt. Es war keine einfache Entscheidung, da Flugdienst und Büro immer eng verwoben waren – und der Flugdienst auch geholfen hat, das Büro in unserem Unterstützerkreis in Erinnerung zu halten.

Aber das war nicht alles. Du warst viele viele Jahre im Vorstand. Wer je ehrenamtlich gearbeitet hat, weiß, was das an Zeit und Nerven kostet, die du übrigens immer behalten hast.

Dein Engagement ging allerdings noch weiter: Das Infoblatt, die wichtige Publikation unseres Oekbüros, hätte es ohne dich möglicherweise nicht gegeben.

Als im Februar 1990 die Nummer 1 erschien, hieß es: „Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus Pinzek“. Mai 2015, etwas mehr als fünfundzwanzig Jahre später, erschien die letzte gedruckte Ausgabe des Infoblattes, die Nummer 83. Inzwischen hatte sich vieles geändert, das Layout, das Papier, die Seitenzahl und natürlich der Inhalt. Eins war aber geblieben. Es stand dort immer noch: „Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus Pinzek.“

Fünfundzwanzig Jahre lang hast du nicht nur diese Verantwortung getragen, sondern warst vor allem am Layout und der Erstellung der Zeitschrift maßgeblich beteiligt. Dabei haben wir uns nicht nur auf deinen unbedingten Einsatz verlassen können, sondern wir konnten immer auch, mit deinem Wissen um die Fallstricke der EDV und vor allem mit deiner Ruhe und deinem Optimismus selbst in den schwierigsten Situationen rechnen. Dieses ganz ungewöhnliche Engagement werden wir nie vergessen.

Wenn ein Freund sich verabschiedet, hinterlässt er eine brennende Flamme.



Foto: Simon Pinzek

Danke Klaus

Hommage für Daniel Tapia

2017 ist Daniel Tapia aus dem Ökumenischen Büro ausgeschieden. Mehr als zwölf Jahre hat er sich hauptamtlich für Mexiko, und dabei besonders für Menschenrechte engagiert. Mit seiner Arbeit hat er gezeigt, dass dabei auch die vielen Facetten der Kultur Mexikos lebendig werden können und das ist ihm gut gelungen.

Eine Veranstaltung, wie sie für Daniel typisch war

Um zu zeigen was das Besondere an Daniel Tapias Mexiko-Menschenrechtsarbeit war, lohnt es sich, beispielhaft eine Veranstaltung aus dem Jahr 2011 anzuschauen. „Repressiv und Strafflos“ im März 2011 thematisierte er die Kriminalisierung sozialer Proteste in San Salvador Atenco. Eine Rechtsanwältin und eine der Betroffenen berichteten eindringlich und kompetent von den Verbrechen der Polizei. Die Veranstaltung „Repressiv und Strafflos“ hatte einige Besonderheiten, wie sie für Daniel typisch sind. So fand sie im Kafe Marat im Rahmen der damaligen Münchner Antirepressionswoche statt. Damit gelang es hervorragend, die Verhältnisse in Lateinamerika in Bezug zu den Strukturen hier zu setzen.



Daniel mit Barbara Italia Méndez Moreno und Jaqueline Sáenz Andujo im Kafe Marat

Wie häufig, wenn Daniel die Verantwortung für eine Veranstaltung hatte, begann auch die am 17. März 2011 mit dem Programmpunkt „mexikanische VoKü“. Dieser Programmpunkt war damals aber besonders gelungen. Nicht, dass das Ergebnis sehr schmackhaft war, war das Besondere, sondern dass sich auch die Referent*innen daran beteiligt hatten. Obwohl bei dem Thema von schrecklicher Gewalt berichtet wurde, bekam sie damit auch etwas Fröhliches. Dies hat mit Sicherheit allen gut getan: den Referent*innen, den Besucher*innen, Daniel und uns vom Büro.

Kunst war ihm wichtig

Wenn man Daniel Tapias Arbeit im Ökumenischen Büro zwischen 2004 und 2016 versucht zu würdigen, fällt das Gewicht, das kulturelle Veranstaltungen bei Daniel hatte auf. Die Theatergruppe Telón de Are-

na aus Ciudad Juárez, die Fortführung der kommunalen Wandbilder in München oder die Vorstellung der Guerilla Art seien hier als Beispiele genannt. Diese recht unterschiedlichen künstlerischen Aktivitäten haben etwas gemeinsam, ihr Ursprung ist der soziale Protest, sie verstehen sich als Teil davon und wurden deshalb von Daniel nach München gebracht.



Telón de Arena, 2006

Als Daniel die Theatergruppe Telón de Arena, 2006 mit ihrem Stück *Antígona* nach München einlud, geschah dies im Rahmen der Kampagne „Ni una más“ des Büros gegen die Frauenmorde in Ciudad Juárez. Die mexikanische Autorin Perla de la Rosa hatte die antike Tragödie von Sophokles in die Gegenwart ihrer Heimatstadt transportiert. Die Vorstellung in München gelang hervorragend, obwohl der Text noch sehr kurzfristig ins Deutsche übersetzt werden musste und ein Schauspieler mit einer tragenden Rolle kurz vorher ausfiel. In beiden Fällen konnte Daniel sein Talent zur Improvisation beweisen. Und

Telón de Arena besuchte München in den nächsten Jahren noch mehrfach und ging sogar auf Deutschland Tournee.

Seit Ende August 2015 zielt ein Wandbild die Frontseite des Wohnprojekt Ligsalz8. Daran hatte Daniel die organisatorische Leitung. Wie schon zuvor an zwei anderen Orten in München hatte sich eine Gruppe gebildet, die unter Anleitung des mexikanischen Künstler Checo Valdez das Bild entworfen und gemalt hat. Dass es den Beteiligten Freude gemacht hat, kann man heute noch an dem Bild erkennen. Sogar die Ordnungshüter waren damals relativ friedlich, nur Daniel konnte ihnen gegenüber eine gewisse Reserviertheit nicht unterdrücken.



Ordnungshüter bei der Arbeit

Das hier Beschriebene ist natürlich nur eine kleine Auswahl von Daniels Aktivitäten im Rahmen seiner Tätigkeit für das Ökumenische Büro. Auf all seinen wichtigen Rundreisen und Besuchen bei politischen Institutionen und befreunden Organisationen in Brüssel, Berlin und Genf kann hier nicht eingegangen werden. Aber auf keinen Fall unerwähnt bleiben darf, wie unverzichtbar Daniel war, wenn es im Ökumenischen Büro etwas zu Feiern gab. Wäre Daniel nicht dabei gewesen, dann hätten wir nie erfahren, in welchen riesigen Dimensionen man Fleischstücke braten kann, oder dass man selbstgemachte Nudeln auf einer Wäscheleine aufhängen kann. Und wir hätten keine so konkrete Vorstellung von dem mexikanischen Volkshelden Superbarrio bekommen.



Superbarrio beim Straßenfest in München

Mach's gut Daniel! Wir haben von dir gelernt: Der linke Bezug muss klar zu erkennen sein, die Arbeit muss Spaß machen und dazu gehört, dass es immer gut schmeckt

Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen uns über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitritts-erklärung.



www.oeku-buero.de

Länderbericht

Das letzte Jahr des Mandats des mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto hat einen schlechten Saldo hinterlassen: Korruptionsskandale, zunehmende Gewalt und autoritäre neue Gesetze. Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen wurden ständig bedroht, ausspioniert und sogar ermordet. Dank der mexikanischen Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen wurden in Mexiko zwei Gesetze gegen Folter und gegen das gewaltsame Verschwindenlassen verabschiedet. Das Ökumenische Büro begleitete Familienangehörige und Vertreter*innen von mexikanischen Organisationen, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Forderungen an die mexikanische Regierung im europäischen Raum zu äußern.

Regierung spioniert gegen Aktivist*innen und Journalist*innen

Mexikanische Nichtregierungsorganisationen wie Artículo 19, Social Tic, R3D und die Gruppe Citizen Lab von der kanadischen Universität Toronto recherchierten und dokumentierten Überwachungsfälle seitens der mexikanischen Regierung gegen Aktivist*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Die Betroffenen bekamen Textnachrichten mit Links auf ihre Handys. Wenn die Personen den Link öffneten oder die Nachricht beantworteten, griff die Software Pegasus auf ihre Daten zu. Die Malware installierte sich in den Telefonen, danach verfolgte und überwachte sie Emails, Anrufe, Kontaktlisten, Chats sowie den Standort der Person. Die Software ist so effektiv, dass sie sogar Audio und Video des Handys abgreifen kann.

Pegasus wird von der israelischen Firma NSO hergestellt und nur an Regierungen verkauft, um Terrorist*innen und Kriminelle zu bekämpfen. Die mexikanischen Gesetze wiederum erlauben es nur mit einer Genehmigung eines Bundesrichters, Telefone zu überwachen. Allerdings missbrauchte die mexikanische Regierung die Software und spionierte Menschenrechtsverteidiger*innen, Regierungskritiker*innen, Journalist*innen, Anwält*innen von Gewaltopfern und sogar Mitglieder der Interdisziplinären Unabhängigen Expertengruppe (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*, GIEI) aus. Die Expertengruppe befand sich während ihrer Ermittlungen zum Fall Ayotzinapa mit Diplomatenstatus in Mexiko. Es liegen keine Informationen darüber vor, ob es bei den in dem Bericht erwähnten abgehörten Telefonen eine solche Autorisierung durch einen Bundesrichter gab.

Ein blutiges Jahr

Laut Reporter ohne Grenzen war Mexiko im Jahr 2017 für Journalist*innen das gewalttätigste Land der Welt, das sich nicht im Kriegszustand befindet. Insgesamt zwölf Journalist*innen wurden ermordet. Sie hatten vor allem über Korruption und organisierte Kriminalität berichtet. Die Palette der Angriffe auf Journalist*innen reicht von Belästigungen über Bedrohungen bis hin zu Mord. Wegen der hohen Straflosigkeit wird weniger als ein Prozent der Straftaten gegen Journalist*innen aufgeklärt. Politische Motive für die Angriffe werden systematisch ignoriert. In vielen dieser Fälle sind die staatlichen Behörden sowie die lokale und föderale Polizei verwickelt.

Auch die gesamte mexikanische Bevölkerung ist von dieser Gewalt betroffen. Täglich werden 80 Personen in Mexiko ermordet. 2017 war das gewalttätigste Jahr, seitdem Ex-Präsident Felipe Calderón 2006 den „Drogenkrieg“ erklärte.



„Wir wollen uns lebendig“,
Kampagne gegen Feminizid

Für die Mexikanerinnen ist die Aussicht noch schlechter. Laut UN-Women werden im Durchschnitt jeden Tag sieben Frauen umgebracht und nur drei dieser Fälle werden als Feminizid kategorisiert, als geschlechtsspezifische Tötung. Jedes Feminizid-Opfer verursacht Wut, Trauer – und Aktion. Nach dem Mord an Mara Fernanda Castilla Miranda protestierten tausende Frauen und Männer aus elf mexikanischen Bundesstaaten und verlangten die Verkündung eines nationalen Geschlechternotstands und Gerechtigkeit für die Opfer von Feminiziden.¹

Die 19-jährige Mara Fernanda war eine von 83 Frauen, die 2017 in ihrer Heimatstadt Puebla getötet wurden.

„Damit die Erde in ihren Zentren erbebe“²

September ist ein sehr traditioneller Monat in Mexiko, da der Unabhängigkeitstag gefeiert wird. Dieses Jahr jedoch war er der Monat mit katastrophalen Erdbeben in Oaxaca, Chiapas, Puebla, Morelos und Mexiko-Stadt. Am 7. September bebte die Erde mit einer Stärke von 8,2 der Richterskala in Süd Mexiko. Mehr als 90 Personen kamen ums Leben. Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto, Regierungsmitglieder

¹ <https://amerika21.de/2017/09/185552/proteste-feminizid-mexiko>

² Zeile aus der mexikanischen Nationalhymne

sowie Gouverneure waren in Oaxaca und Chiapas als die Erde bebte, und versprachen schnelle Nothilfe, umfassende Schadenserfassung und Wiederaufbau.³ Dennoch beklagten die Opfer des Erdbebens in der Folgezeit, dass nur unzureichende staatliche Hilfe bei ihnen ankam.

Knapp zwei Wochen nach dem ersten Beben traf ein Beben Mexiko-Stadt mit einer Stärke von 7,1 der Richterskala. Am 19. September, exakt 32 Jahre nach dem stärksten Erdbeben in Mexiko-Stadt, bebte die Erde im Bundesstaat Morelos, ca. 120 Kilometer südlich von Mexiko-Stadt. Da Mexikos Hauptstadt auf den weichen Sedimenten eines ehemaligen Sees gebaut ist, waren die Schäden enorm. Überwältigend war aber auch die Solidarität der Freiwilligen, die sich sofort auf die Suche nach Verschütteten begaben. Die Nachbarschaft organisierte gespendete Lebensmittel, Medizin und Decken für die Überlebenden. Auch die sozialen Netzwerke halfen, um die Güter zu verteilen. Aufgrund vergangener Erfahrungen mit Naturkatastrophen vertrauen viele Mexikaner*innen den staatlichen Hilfsprogrammen nicht mehr. Deswegen waren diese Freiwilligenaktionen sehr wichtig, um sicher zu gehen, dass die Hilfe direkt die Opfer erreichte und nicht zum Beispiel für Stimmenkauf benutzt wurde. Die Rettungsdienste von Polizei, Zivilschutz, Marine und Armee trafen oft erst eine Stunde oder mehr nach dem Beben vor Ort ein.

Große Schritte nach vorne – Gesetze gegen Verschwindenlassen und Folter

Der Fall der 43 verschwundenen Lehramtsstudenten in Ayotzinapa im Jahr 2014 erreichte große nationale und internationale Aufmerksamkeit und übte starken Druck auf die mexikanische Regierung aus. Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto versprach den Mexikaner*innen mehr Regulierung, um zukünftig derlei Verbrechen zu vermeiden. Drei Jahre nach dem gewaltsamen Geschehen verabschiedeten beide Kammern des Parlamentes das Gesetz gegen Verschwindenlassen in Mexiko. Das Gesetz bedeutet einen großen Schritt für die Familienangehörigen sowie für die nationalen und internationalen



Las Buscadoras de El Fuerte

³ <https://amerika21.de/2017/09/184737/erdbebenopfer-mexiko-kritik-notfallhilfe>

Organisationen, die seit Jahren diese systematischen, massiven und verbreiteten Verbrechen verurteilt haben. Laut offiziellen Daten wurden von 2006 bis 2017 über 32.000 verschwundene Personen registriert.

Nun soll eine nationale Suchkommission eingerichtet und die Zusammenarbeit zwischen den lokalen und nationalen Behörden der mexikanischen Bundesstaaten verstärkt werden, um Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen mexikoweit aufzuklären.

Das Gesetz gegen Folter zeigt das erfolgreiche Zusammenwirken von mexikanischer Zivilgesellschaft, Familienangehörigen und Betroffenen. Nach zwei Jahren intensiver Lobbyarbeit wurde das Gesetz verabschiedet. Es verbietet den Einsatz von Folter und soll garantieren, dass Zeugenaussagen, die unter Folter gemacht werden, vor Gericht nicht zugelassen werden.

Großer Schritt zurück – Gesetz zur Inneren Sicherheit



Militarisierung in Mexiko

Unsicherheit, Gewalt und Kriminalität bedeuten eine große Herausforderung für jede mexikanische Regierung. Um die innere Sicherheit zu erhöhen, entwarfen Abgeordnete der Regierungspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution), der Partei von Präsident Peña Nieto, ein Gesetz zur Inneren Sicherheit. Mitte Dezember verabschiedete der mexikanische Senat das vorgeschlagene Gesetz. Es reguliert den Einsatz der mexikanischen

Sicherheitskräfte in der Kriminalitätsbekämpfung. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Gesetz, da es eine zunehmende Militarisierung des Landes bedeutet, die Aufgabenbegrenzung des Militärs nicht klar formuliert ist und es keine definierten Kontrollmechanismen gibt. Diese ungenauen Definitionen könnten demokratische Grundrechte angreifen und zunehmende Gewalt und Menschenrechtsverletzungen provozieren, so Menschenrechtsorganisationen

und Experten wie Jan Jarab, Vertreter des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) in Mexiko.⁴

Die seit 2006 durchgeführte „Drogenbekämpfung“ durch Sicherheitskräfte in Mexiko hat mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet und tausende verschwundene und hunderttausende vertriebene Menschen zur Folge. Es ist klar, dass eine solche Militarisierung nicht zu mehr Sicherheit führt.

Präsidentenwahlen 2018

Der Präsident Enrique Peña Nieto wird seine Amtszeit mit mehreren Korruptionsskandalen abschließen. Die mexikanische Journalistin Carmen Aristegui brachte den Fall *Casa Blanca* (Weißes Haus) ans Licht. Es ging um ein sieben Millionen Dollar Haus, das der Präsidentengattin Angélica Rivera gehört, und das über Finanzanlagen von einem Auftragnehmer der Regierung und Freund des Präsidenten gekauft wurde.⁵ Auch die Journalist*innen von Animal Político deckten über 128 Scheinunternehmen auf, die der Staat genutzt hat, um mehrere Milliardenbeträge in Pesos abzuzweigen. Durch diesen „Meisterbetrug“ (*Estafa Maestra*) wurde vor allem Geld gestohlen, das für die Armutsbekämpfung vorgesehen war. Involviert sind acht öffentliche Universitäten und elf staatliche Behörden.⁶

In Mexiko lebt die Mehrheit der Indigenen, zwölf Prozent der mexikanischen Bevölkerung, in Armut. 2017 ließ sich zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos eine indigene Kandidatin für die Präsidentenwahlen bei der nationalen Wahlbehörde INE registrieren. María de Jesús Patricio Martínez (Marichuy) vertritt den Regierungsrat der Indigenen (*Consejo Indígena de Gobierno*, CIG), in dem 35 indigene Völker mit 141 Vertreter*innen aus 62 Regionen aus dem ganzen Land zusammengeschlossen sind.⁷ Marichuys Kandidatur wird von der EZLN unterstützt, allerdings benötigt die Kandidatin 866.000 Unterschriften, um bei der Wahl antreten zu dürfen.

⁴ <http://www.proceso.com.mx/513278/aval-a-ley-seguridad-interior-petrifica-la-situacion-violencia-abuso-a-derechos-onu-dh>

⁵ <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=die-regierung-spioniert>

⁶ <https://www.animalpolitico.com/estafa-maestra/>

⁷ <https://amerika21.de/2017/10/187769/indigene-kandidatin-mexiko>

Aktivitäten zu Mexiko

Trump gegen mexikanische Migrant*innen - und die Mexikaner*innen?

Am 14. Juni berichteten die Doktorandin Yaatsil Guevara und der Dokumentarfilm-Regisseur Hauke Lorenz über die Situation der Migrant*innen und ihren Transit durch Mexiko und teilten ihre Erfahrungen aus der Herberge „La72“ in Tenosique, Tabasco, Mexiko. „La72“, eine besondere Herberge des Franziskaner-Ordens für Migrant*innen in Tenosique, macht auf die gefährlichen und katastrophalen Lebensumstände der Flüchtlinge aufmerksam und bietet ihnen Verpflegung und eine Übernachtungsmöglichkeit.

Mit Hilfe von Fotos und einem Video schilderten Yaatsil und Hauke Beispiele von persönlichen Geschichten der Migrant*innen. „Die Herberge La72 in Tenosique ist ein Platz für Hoffnung, Begegnung und Lernen“, so Yaatsil Guevara bei der Veranstaltung.

Während und nach dem Vortrag machte das Publikum Kommentare, stellte Fragen und verglich die Situation in Mexiko und Europa bzw. Deutschland. Es gab Unterschiede bei den Zuhörer*innen, wie man die Situation in Europa mit den Flüchtlingen wahrnimmt, sowie welche Lösungsmöglichkeiten man in Betracht zieht. In anderen historischen Momenten wurden Deutsche als Flüchtlinge in mehreren Ländern aufgenommen und diesen Teil der Geschichte sollte man sich gerade zum aktuellen Zeitpunkt in Erinnerung rufen.



In der Herberge

Digitale Überwachung

Das Gesetz zur Inneren Sicherheit wurde im Dezember 2017 in Mexiko verabschiedet. Drei Monate vorher, am 7. September, sprachen wir über die Folgen



Spionage in Mexiko

dieses Gesetzes mit der Doktorandin Tania Atilano. Sie verglich dieses Gesetz mit dem am 22. Juni 2017 erlassenen deutschen „Überwachungsgesetz“. Ein Mitglied der Roten Hilfe e. V. erzählte über das Ausspähen von linken Organisationen in Deutschland. Er veranschaulichte die Auswirkungen von Überwachungen anhand des aktuell laufenden TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch) Gerichtsprozesses.

Außerdem wurde über die aktuellen Fälle von Spionage in Mexiko gesprochen. Opfer der Spionage sind Aktivist*innen, Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Mitglieder der Interdisziplinären Unabhängigen Expertengruppe (GIEI, *Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*) für den Fall Ayotzinapa. Die mexikanischen Gesetze wiederum erlauben es nur mit einer Genehmigung eines Bundesrichters, Telefone zu überwachen. Es liegen keine Informationen darüber vor, ob es bei den in dem Bericht erwähnten Telefonüberwachungen eine solche Autorisierung durch einen Bundesrichter gab, so Tania Atilano.

Über die Spionage in Mexiko verfasste das Ökumenische Büro am 13. Juli einen Brief, der von mehr als zwanzig Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Abgeordnetenkammer in Spanien und des Deutschen Bundestages sowie Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnenden verlangen eine vollständige und unabhängige Ermittlung. Der Brief weist auf die besondere Schwere der Spionage gegen die Mitglieder der GIEI, die während ihres Aufenthaltes in Mexiko diplomatische Immunität genossen haben, hin sowie auf die Bedeutung ihrer Mission, bei der Untersuchung des Falles Ayotzinapa zu ermitteln.

Kein Gensoja!

Die Imkerin und Bäuerin Leydy Aracely Pech Martin und die Doktorandin im Bereich ländliche Entwicklung Irma Gómez González sprachen am 27.09. über den Anbau von Gensoja auf der Halbinsel Yukatan. Die Veranstaltung fing mit einem kurzen Video über den Gensoja-Anbau



Leydy Pech auf der Veranstaltung zu „Gensoja“

auf der Halbinsel Yukatanan. Christiane Lüst von der Aktion GEN-Klage gab eine Einleitung über die 62. Sitzung des UN-Menschenrechtsausschusses für ökonomische, kulturelle und soziale Rechte, an dem unsere beiden Referent*innen teilnehmen und

ihren Bericht über die Folgen von Gensoja im Landkreis Hopelchén, Bundesstaat Campeche, vortragen wollten. Wegen des Erdbebens am 19. September in Mexiko sagte die mexikanische Behörde ihre Anwesenheit jedoch ab und die UN-Anhörung fand nicht statt.

Leydy Pech erzählte über ihre Arbeit in Bildungsprojekten und nachhaltiger Landwirtschaft und über ihr Imker*innenkollektiv *Los Chenes* in Campeche. Für sie stellen die Gensoja-Pollen eine Gefahr für die Existenz der Bienen dar, da die Gensojafelder mit Glyphosat gespritzt werden und Abholzung verursachen und weil wegen immer mehr Monokulturen die Diversität im Anbau stark abnimmt. Bienen bestäuben und Honig produzieren sind Teil der Maya-Kultur. Wenn die Bienen sterben, sei das Erbe ihrer Maya-Kultur und ihr Lebensunterhalt betroffen, so Leydy Pech.

Irma Gómez erklärte, woher Gensoja kommt und beschrieb die Akteure, die in dem Konflikt in Hopelchén eine Rolle spielen: Diese sind die Maya-Gemeinden, die mexikanische Regierung, Unternehmer (z. B. Monsanto) und Mennoniten. Gensoja wird lokal als Viehfutter verwendet und für Ölproduktion genutzt.

Wandbildzeugnisse – Verleihung

Knapp ein Jahr nach der Wandbildaktion 2016 trafen sich die Teilnehmer*innen zu einer kleinen Zeremonie und einem fröhlichen Abendessen im Iglalzal. Die mexikanischen Künstler*innen Checo Valdez und Fabiola Araiza verliehen in einer kleinen Zeremonie Zeugnisse

an die Absolvent*innen des Wandbild-Workshops, des Multiplikator*innenseminars sowie an die Künstler*innen der Ausstellung des Festivals Arte Popular Mexicano 2016.

MAIZ - Performance des Kollektivs tonalli

Das Kollektiv tonalli gastierte am 11. Oktober in München mit seiner Performance MAIZ. Sie bestand aus einer bilingualen Lesung auf Spanisch und Deutsch mit Musik und Elementen aus Theater und Tanz sowie einer Videoinstallation. Die Künstler*innen erklärten sowohl die kulturelle und biologische Vielfalt von Mais, als auch die sozioökonomischen Auswirkungen und globalen Zusammenhänge der Produktion dieses Getreides. Anschließend hielt ein Vertreter des Donihofs aus München einen Vortrag über solidarische Landwirtschaft (SoLawi).



MAIZ. Das, was Leben trägt. Kollektiv tonalli

„Ich werde dich suchen, bis ich dich wieder finde“

Eine 10-tägige deutschlandweite Rundreise mit Veranstaltungen und Lobbyterminen mit einer Vertreterin der *Las Buscadoras* aus Sinaloa, Mexiko, zum Thema gewaltsames Verschwindenlassen in Mexiko fand im November statt. Dulcina Parra hielt Infoveranstaltungen in Stuttgart, Kiel, Hamburg und Berlin. Außerdem traf sie sich mit dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie mit dem Auswärtigen

Amt und Mitgliedern der Bundesregierung in Berlin. Dulcina Parra und Dolores Seravia, von unserer Partnerorganisation SERAPAZ aus Mexiko, thematisierten auf den Treffen mit den deutschen Abgeordneten das Ende September 2017 verabschiedete Gesetz zum Verschwindenlassen in Mexiko und seine Umsetzung.

Dulcina Parra ist Mitglied der Gruppe *Las Buscadoras*, die aus Müttern der Verschwundenen in Sinaloa, Nordmexiko, besteht. Sie suchen seit 2014 mittwochs und sonntags in Massengräbern, auf Müllhalden und Brachflächen sowie in Flüssen nach ihren verschwundenen Angehörigen. Sie sind auch die ersten Familienkomitees, die forensische Ermittlungen selbst erlernten. In Sinaloa, wo die *Buscadoras* herkommen, befindet sich das erste „Suchlabor“, um Verschwundene zu identifizieren. Sie registrierten bisher mehr als 410 Verschwundene und fanden mehr als 100 Überreste. Die Arbeit dieser Frauen sensibilisierte die Familien, Nachbarn und viele Personen in Mexiko für das Phänomen des gewaltsamen Verschwindenlassens und sie zeigten, dass aufgrund der hohen Straflosigkeit alle Personen in Mexiko, Bürger*innen und Migrant*innen, vom gewaltsamen Verschwindenlassen betroffen sein können. Die *Buscadoras* haben selbst Suchmaßnahmen entwickelt und kümmern sich um die psychischen und physischen Probleme der Familienangehörigen. Das Engagement von *Las Buscadoras* ist ein lokaler kleiner Schritt gegenüber von mehr als 30.000 Verschwundenen in Mexiko.

Die Veranstaltungen der Rundreise führte das Ökumenische Büro in Kooperation mit mehreren Organisationen durch. Die Mitveranstalter waren vor allem Nichtregierungsorganisationen und Gruppen, die sich mit Mexiko und Lateinamerika beschäftigen. Dazu gehörten: Amnesty



Las Buscadoras de El Fuerte auf der Suche nach Verschwundenen

International (lokale Gruppe in Kiel, CASA-Gruppe), Zapapress e. V., die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, die Betriebsseelsorge, DiMOE, die Elisabeth-Käsemann-Stiftung, die Evangelische Akademie Bad Boll, die Matthias Claudius Kirchengemeinde, das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. und die Plattform Menschenrechte.

Stop Corporate Impunity!

Mit Octavio Rosas Landa haben wir eine gemeinsame Reise nach Genf organisiert, um an der Wochenkampagne „Stop corporate impunity“ und der dritten Anhörung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe für Menschenrechte und Unternehmen in Genf teilzunehmen. Die Arbeitsgruppe hat das Mandat, einen bindenden UN-Vertrag bezüglich transnationaler Unternehmen und Menschenrechten auszuhandeln.

Octavio Rosas führte mit dem Ökumenischen Büro im Jahr 2014 eine Rundreise zum Thema „TPP-Ständiges Völker Tribunal, Kapitel Mexiko“ (*Tribunal Permanente de los Pueblos*) in Deutschland und der Schweiz durch. Damals hatte er zusammen mit Vertreter*innen von NGOs aus mehreren Ländern an der Mobilisierungswoche in Genf teilgenommen. Mehr als 200 internationale soziale Bewegungen und Organisationen sind Teil dieser Mobilisierung.

EU-Mexiko-Menschenrechtsdialog in Mexiko-Stadt

Im Oktober fand der EU-Mexiko-Menschenrechtsdialog in Mexiko-Stadt statt. Ziel des Dialogs ist eine Zusammenarbeit zwischen EU und Mexiko im Bereich Menschenrechte. Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Migration, Unternehmen und Menschenrechte, Menschenrechtsverteidiger*innen und zivilgesellschaftlicher Raum (*civic space*) wurden aufgegriffen. Das Ökumenische Büro nahm teil und berichtete über die europäische Menschenrechtsslage mit dem Beispiel „Gen-Technik in Europa“. Auch „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa“ und „Globalabkommen EU-Mexiko“ wurden thematisiert. Von der europäischen Seite waren acht Organisationen dabei: Weltorganisation gegen Folter (*Organización Mundial contra la Tortura*, OMCT), die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, die Plattform gegen das Verschwindenlassen, das Ökumenische Büro, die Internationale Journalisten-Vereinigung (*International Federation of Journalists*, IFJ), der Internationale Rehabilitationsrat für Folteropfer (*International Rehabilitation Council for Torture Victims*, IRCT), die Internationalen Brigaden für Frieden (*peace brigades internati-*

onal, pbi) und die Schwedische Mitgliedschaft für Schlichtungsverfahren (*Swedish Fellowship of Reconciliation*, SweFOR).

Gesetz zur Inneren Sicherheit

Am 15. Dezember verabschiedete der mexikanische Senat das Gesetz zur Inneren Sicherheit in Mexiko. Durch das Gesetz wird der Einsatz des Militärs im Landesinneren legal verankert und widerspricht damit den Empfehlungen der UN und des Interamerikanischen Menschenrechtssystems. Einen Tag vor der Verabschiedung begleitete das Ökumenische Büro Fernando Ríos vom Netzwerk *Red TdT*⁸ aus Mexiko bei seinen Terminen in Berlin. Fernando Ríos traf sich mit Mitgliedern des Bundestages, der Mexikoreferentin des Bundespräsidialamtes, Abgeordneten des Auswärtigen Amtes sowie der Menschenrechtsbeauftragten Frau Kofler.

Schließlich gab Fernando Ríos ein Interview über das Gesetz zur Inneren Sicherheit sowie die menschenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken dazu bei der Deutschen Welle. „Anstatt eine militärische Lösung für das Sicherheitsproblem in Mexiko zu suchen, sollten vielmehr zivile Sicherheitskräfte für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ausgebildet sowie eine effiziente Strafverfolgung umgesetzt werden“, so Fernando Ríos.

⁸ Mexikanisches Menschenrechtsnetzwerk „Alle Rechte für alle“ (*Red Nacional de Organismos Civiles de Derechos Humanos “Todos los Derechos para Todas y Todos”*)

Länderbericht

Das Wahljahr 2017 endete in Honduras mit der größten politischen Krise des Landes seit dem zivilmilitärischen Putsch des Jahres 2009: Auf die verfassungswidrige Wiederkandidatur des bis dahin amtierenden Präsidenten Juan Orlando Hernández (JOH) folgte in den Tagen nach dem 26. November 2017 ein manifester Wahlbetrug zugunsten von JOH. Dagegen gingen die Mitte-Links-„Oppositionsallianz gegen die Diktatur“ und weite Kreise der Bevölkerung tausendfach auf die Barrikaden. Das Regime verhängte den Ausnahmezustand und versuchte die Proteste mit tödlicher Repression niederzuschlagen.



Frauenpower gegen Staatsmacht. Das Regime JOH setzt auf Gewalt.

Die Wiederkandidatur JOHs war 2017 das Diskussionsthema Nummer Eins in Honduras. Ihr Verbot gehört zu den so genannten „in Stein gemeißelten“ Artikeln der honduranischen Verfassung von 1982, die eigentlich nur durch eine Volksabstimmung geändert werden können. Die Verfassungsrichter waren aber der Auffassung, es müsse für JOH nicht angewendet werden, da die Amerikanische Menschenrechtskonvention eine Wiederwahl prinzipiell erlaube. Dagegen wurde eingewandt, dass die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten in einem Land wie Honduras, dessen Geschichte von Despotismus und politischer Gewalt geprägt ist, gute Gründe hat. Und dass Honduras Fragen der Wahl, im von internationalen Normen vorgegebenen Rahmen, selbst regeln könne und müsse. Die honduranische Verfassung tut das zusätzlich auch in Artikel 4, der die Pflicht zum Wechsel in der Person des Präsidenten festschreibt und die Nicht-Achtung als Staatsverbrechen einstuft.

Weichenstellung mit dem zweiten Staatsstreich 2012

Verfassungsklagen, die deshalb von einer Gruppe von Anwälten eingereicht wurden, perlt im Lauf des Jahres an der weitgehend kooptierten honduranischen Justiz ab. JOH ging an seinen Weg vom autoritären Regime zur Diktatur unbeirrt weiter. Seit er 2010 zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, häufte der Polit-Newcomer aus der Provinz konsequent Macht an.

Der Staatsstreich 2009 hatte die ohnehin schwachen demokratischen Institutionen in Honduras in ihren Grundfesten erschüttert. 2012 stürzte dann das Gebäude der Gewaltenteilung endgültig ein: „1212“ wird deshalb oft als „zweiter Putsch“ bezeichnet. Am 12. Dezember 2012 setzte das Parlament in einem völlig irregulären Prozess vier von fünf Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes ab und bestimmte neue Richter, die das Modell extraterritorialer *Charter Cities* für Honduras als verfassungskonform durchgehen ließen. Die so genannten Sonderwirtschaftszonen für Arbeit und Entwicklung (ZEDE) hebeln die honduranische Gesetzgebung, beispielsweise für größere Tourismus- und Bergbauprojekte aus, und ermöglichen eine neue Art neokolonialer territorialer Kontrolle. Die ZEDE als (vermeintliche) Arbeitsplatzgeneratoren waren denn auch ein Hauptthema von JOHs Wahlkampf 2017.



Beispiel für einen Wahlzettel

Der Oppositionsblock aus der linksliberalen Partei LIBRE (Libertad y Refundacion) des 2009 weg geputschten Präsidenten Mel Zelaya, aus ehemaligen Mitgliedern der Anti-Korruptionspartei PAC und einigen kleineren Parteien, wie der sozialdemokratischen PINU, saß 2017 in der Zwickmühle: Das Spiel mitspielen? Oder versuchen, wegen der Wiederkandidatur die Wahlmaschinerie doch noch irgendwie zu stop-

pen? Am Ende schien das Risiko zu groß, dass dies nicht gelingen würde und die traditionelle Liberale Partei als einzige Opposition übrig bliebe. Man stellte mit TV-Moderator Salvador Nasralla einen parteilosen und politisch weitgehend unerfahrenen, aber populären Gegenkandidaten auf. Nasralla hatte für eine Weile die bürgerliche Anti-Korruptionspartei PAC geleitet. Sie wurde ihm entrissen und versank anschließend in der Bedeutungslosigkeit.

Chronik eines angekündigten Wahlbetrugs

Im November 2017 nahm die dritte Etappe des fortgesetzten Putsches ihren Lauf. Bereits vor dem Wahltag schienen viele Honduraner*innen überzeugt, dass das Ergebnis - die Kongressmehrheit für die Nationale Partei und die Präsidentschaft für JOH - bereits feststehe. Die Mängeliste für den Wahlprozess war lang. Nach der umstrittenen Wahl 2013, bei der die Kandidatin von LIBRE knapp unterlag, wurde so gut wie keine der Verbesserungsempfehlungen der Europäischen Union umgesetzt. Die Oppositionsparteien beklagten unter anderem, das Wählerregister sei mit bis zu 30 Prozent nicht existenter Wahlberechtigter, darunter einer großen Zahl Verstorbener, völlig unbrauchbar. Nicht weniger problematisch waren die intransparente Wahlkampffinanzierung und die absolute Dominanz der Regierungspartei in den großen Medien. „Selbstverständlich“ übten auch Trupps der Nationalen Partei Druck auf Wähler*innen aus.

Umso überraschender fiel dann das erste Zwischenergebnis am Tag nach der Wahl aus: Nach Auszählung von gut 56 Prozent der Stimmen lag der Kandidat der Oppositionsallianz, Salvador Nasralla, mit fünf Prozentpunkten vorne. Nun musste auf die Schnelle „Plan B“ greifen, um den Machterhalt der Regierung zu sichern: Die Computersysteme der Obersten Wahlbehörde stürzten ab, mehrere Tage lang wurden keine neuen Ergebnisse veröffentlicht, stattdessen kursierten in den sozialen Netzwerken Fotos und Berichte über ausgekippte Wahlurnen und neu ausgefüllte Wahlzettel, die ungefaltet ins System eingespeist wurden. Als nach einigen Tagen wieder Ergebnisse bekannt gegeben wurden, lag JOH plötzlich nur noch ganz knapp hinter seinem Herausforderer und holte in der Folge sukzessive auf, bis er sich schließlich mit 42,95 Prozentpunkten (ca. 32.000 Stimmen) knapp vor Nasralla mit 41,24 Prozentpunkten platzierte.



„Hau ab JOH (Juan Orlando Hernández)“ lautet der Slogan auf allen Barrikaden.

Aufstand auf den Straßen

Die Bevölkerung wollte sich diese Manipulationsmanöver nicht bieten lassen. Von Resignation war nun nichts mehr zu spüren: Tausende empörter Honduraner*innen strömten am 29. November und in noch größerer Zahl ab dem 30. Januar entschlossen auf die Straßen, errichteten Barrikaden und machten ihrem über Jahre auch wegen großer Korruptionsskandale angestauten Unmut lautstark Luft. „Fuera JOH“ (Hau ab JOH) lautete die Parole aller Orten. Die Antwort war die Verhängung des Ausnahmezustandes am 1. Dezember 2017. Wer nun nach der Sperrstunde nicht mehr nach draußen konnte oder wollte, stieg zumindest aufs Hausdach und schloss sich, bewaffnet mit Töpfen und Pfannen, den lärmenden, nächtlichen *Cacerolazo* an. Volksfeststimmung entstand dennoch nicht. Denn es wurde schnell klar, dass dieser Protest auf Tränengasgranaten, die direkt gegen Personen und oftmals auch in Privatwohnungen geworfen wurden und auf „balas vivas“ (lebende Kugeln) treffen würde, wie die oftmals tödlichen Projektile aus den Feuerwaffen von Polizei und Militär in Honduras groteskerweise genannt werden. Vor allem die Militärpolizei (*Policia Militar del Orden Público*, PMOP) erwies sich nun als das Machtinstrument, das sich JOH seit seiner Zeit als Parlamentspräsident vorausschauend geschaffen hatte. Militärpolizisten schossen scharf auf Demonstrant*innen und unbeteiligte Passant*innen. Gemeinsam mit Sondereinsatzgruppen des Militärs,

der Polizei und paramilitärischen Kräften versetzten sie in nächtlichen Razzien ganze Stadtviertel und Dörfer in Angst und Schrecken.

Appelle des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, das Militär nicht gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen und den unverhältnismäßigen Gewalteinsatz zu beenden, verhallten folgenlos. Auch der Versuch einzelner Mitglieder der zivilen Nationalpolizei, Schießbefehle zu verweigern und sich mit den Demonstrierenden zu solidarisieren, brach schnell in sich zusammen. Mindestens ein Polizist bezahlte seine aufrechte Haltung einige Tage später mit dem Leben. Die Demonstrierenden ließen (und lassen) sich nicht beirren. Schwerpunkte der Proteste lagen in der Hauptstadt Tegucigapla, im Süden des Landes und vor allem auch in den Wirtschaftszentren und Verbindungsstraßen im Norden, mit der Industriemetropole San Pedro Sula und dem Atlantikhafen Puerto Cortés.



Ein Land im Krieg: Die Militarisierung der letzten Jahre trägt nun tödliche Früchte.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Die EU-Wahlbeobachtermission äußerte in ihrem ersten, kritischen Zwischenbericht erhebliche Zweifel am Wahlverlauf und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde am 17. Dezember noch deutlicher. Sie urteilte in einer Pressemitteilung:

„Deliberate human intrusions in the computer system, intentional elimination of digital traces, the impossibility of knowing the number of opportunities in which the system was violated, pouches of votes open or lacking votes, the extreme statistical improbability with respect to participation levels within the same department, recently printed ballots and additional irregularities, added to the narrow difference of votes between the two most voted candidates, make it impossible to determine with the necessary certainty the winner.“¹

¹ http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-092/17
„Vorsätzliche menschliche Eingriffe in das Computersystem, absichtliche Besei-

OAS-Generalsekretär Juan Almagro plädierte deshalb zum Erstaunen politischer Beobachter*innen offen für Neuwahlen. Kurz darauf wendete sich das Blatt jedoch wieder: Das von Parteigängern der Nationalen Partei dominierte Oberste Wahlgericht erklärte JOH am gleichen Tag zum Wahlsieger. Die EU-Wahlbeobachtungsmission hüllte sich zunächst in Schweigen und ruderte dann zurück, von Wahlbetrug wolle man nicht sprechen und Almagros Empfehlung von Neuwahlen sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten. Nasralla verkündete nach einem Kurzbesuch in Washington, er werde aufgeben, ließ sich aber angesichts der anhaltenden Proteste auf den Straßen und auf Intervention von LIBRE-Chef Mel Zelaya doch wieder umstimmen. Am 22. Dezember gratulierte das US-Außenministerium JOH zum Wahlsieg.

30 Tote, davon 21 von Militärpolizei erschossen

Die Menschenrechtsorganisation COFADEH bilanzierte vom 30. November bis Jahresende 30 Todesfälle im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Wahlbetrug.² 21 davon waren außergerichtliche Hinrichtungen durch die Militärpolizei, eine durch die Nationale Präventionspolizei. Fünf Morde wurden durch Unbekannte begangen, allerdings sprechen Anzeichen dafür, dass es sich um paramilitärische Todesschwadronen gehandelt habe könnte, und zwei durch Privatpersonen. 232 Menschen wurden teils schwer verletzt. Viele von ihnen tragen bleibende Schäden davon. Knapp 1400 Demonstrant*innen wurden festgenommen, fast immer ohne Haftbefehl. Gegen 179 wurden willkürlich konstruierte Anklagen, teils wegen schwerer Straftaten wie Waffenbesitz und Terrorismus, erhoben. Mehrere von ihnen werden in Hochsicherheitsgefängnissen festgehalten. COFADEH liegen mehr als 70 Berichte von erniedrigender Behandlung und Folter bei den Festnahmen und in Haft vor. Ein junger Mann, Manuel de Jesus Bautista Salvador, wurde

tigung digitaler Spuren, die Unmöglichkeit herauszufinden, wie viele Male in das System eingebrochen wurde, geöffnete Behältnisse mit Stimmzetteln oder fehlende Stimmzettel, die in Relation zur Wahlbeteiligung extreme statistische Unwahrscheinlichkeit innerhalb eines Departments, frisch gedruckte Wahlzettel und weitere Unregelmäßigkeiten machen es in Anbetracht der geringen Stimmdifferenz zwischen den beiden meistgewählten Kandidaten unmöglich, den Wahlsieger mit der notwendigen Sicherheit zu bestimmen.“ (Übersetzung Jutta Blume Vgl. <https://www.heise.de/tp/features/Honduras-Putsch-geht-in-die-Verlaengerung-3940463.html>)

² <http://defensoresenlinea.com/wp-content/uploads/2018/01/Segundo-Informe-violaciones-a-DDHH-en-contexto-protetas-anti-fraude-en-Honduras.pdf>

am 3. Dezember zusammen mit zwei weiteren jungen Männern von der Militärpolizei festgenommen. Seine beiden Begleiter wurden tags drauf mit Spuren schwerer Schläge freigelassen, Bautista konnte seither nicht gefunden werden. Die staatlichen Institutionen kamen ihren Verpflichtungen aus der von Honduras ratifizierte UN-Konvention gegen Verschwindenlassen nicht nach.

Von Wahntag bis Jahresende registrierte die COFADEH außerdem zwölf Attacken gegen Journalist*innen. Gegen einen der Köpfe des unbewaffneten Volksaufstandes, den Jesuitenpater Ismael Moreno und sein unermüdlich berichtendes Team von Radio Progreso begann in der letzten Dezemberwoche eine besonders bösartige Hetz- und Drohkampagne in den sozialen Medien.



Protest: Auftraggeber des Mordes an Berta bleiben weiter straflos

Kontrollieren – Neutralisieren – Eliminieren

Zwanzig Monate nach dem Mord an COPINH-Generalkoordinatorin Berta Cáceres veröffentlichte die internationale Beratergruppe unabhängiger Experten (*Grupo Asesor Internacional de Personas Expertas - GAÍPE*) Anfang November 2017 einen knapp 90-seitigen Bericht, der einen guten Teil des Komplotts zur Ermordung von Cáceres aufdeckt.³

Hauptbeteiligte sind demnach die Leitung des Unternehmens *Desarrollos Energéticos S.A. (DESA)* und staatliche Sicherheitskräfte. Die erfah-

³ <https://www.gaipe.net/wp-content/uploads/2017/10/Represa-de-Violencia-ES-FINAL-.pdf> <https://www.gaipe.net/wp-content/uploads/2017/10/GAÍPE-Report-English.pdf>



Internationale Expert*innen analysierten Tausende von Dokumenten und deckten Mordkomplott auf.

Vereinten Nationen nicht zustimmen würde. Die Strafrechtsexperten aus Guatemala, Kolumbien und den USA befragten mehrere Dutzend Personen und analysierte etwa 40.000 Seiten Dokumentationen von Telefonverbindungen, Chats, SMS, GPS- und anderen Daten aus beschlagnahmten Mobilfunk- und weiteren elektronischen Geräten. Die operative Struktur für den Mord wurde demzufolge Mitte November 2015 geschaffen, ein erster Versuch am 5. und 6. Februar 2016 wurde abgebrochen. Die GAIPE rekonstruierte auch den Kontext des Mordes, die jahrelange Verfolgung von Kraftwerksgegner*innen in den Gemeinden der Region Rio Blanco, Infiltration von Spitzeln sowie Drohungen und Überwachung von COPINH-Mitgliedern. Das Schema habe gelautet: Kontrollieren – Neutralisieren – Eliminieren.

Die Expertengruppe stellte fest, dass ein kriminelles Netz aus der Führungsetage und Angestellten der DESA, staatlichen Stellen und Auftragsmördern nicht nur verantwortlich für den Mord an Cáceres ist, sondern auch weitere Verbrechen begangen hat, wie die Bildung einer kriminellen Vereinigung, Vertuschen von Straftaten, Behinderung der Justiz und Amtsmissbrauch. Die Staatsanwaltschaft habe nicht ordentlich und umfassend ermittelt und keinerlei Fortschritte bei der Suche

renen Jurist*innen fanden klare Indizien für das Ziel der Operation: Die Eliminierung von Bertas Organisation COPINH und des Widerstandes gegen das von der Desa geplante Wasserkraftwerk *Agua Zarca*.

GAIPE hatte sich ein Jahr zuvor auf Anfrage von Bertas Familienangehörigen und von COPINH gegründet, nachdem zu erkennen war, dass die honduranische Regierung einer offiziellen Untersuchungskommission im Auftrag der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der

nach den Hintermännern gemacht, obwohl ihr die nötigen Hinweise vorlagen. Auch die internationalen Geldgeber, darunter die holländische Entwicklungsbank FMO und Finnfunds, tragen Verantwortung. Laut Bericht haben sie ihre Unterstützung für *Agua Zarca* noch aufrechterhalten, als ihnen die kriminellen Methoden ihrer Vertragspartner schon längst bekannt waren. Sie zogen sich erst in Juli 2017 aus dem Projekt zurück.⁴ Turbinenlieferant Voith Hydro folgte im August.

In den USA trainierte Militärs beteiligt

Im Juni war in Honduras das Verfahren gegen vier der acht bisher verhafteten mutmaßlichen Täter und Mittelsmänner, darunter ein DESA-Angestellter, der ehemalige Sicherheitschef der DESA und ein zum Tatzeitpunkt aktiver Militär eröffnet worden. Es kam jedoch den Rest des Jahres über nicht voran, da die Verhandlungen immer wieder abgebrochen wurden, weil die Staatsanwaltschaft sich weigerte, der Nebenklage die nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Bereits im Februar 2017 hatte der britische Guardian berichtet, dass Spezialisten des honduranischen Militärs, die in den USA trainiert worden waren, in den Mord verwickelt waren.⁵

Ein weltweit viel beachteter Bericht von Global Witness zeigte im Januar anhand von Beispielfällen, warum Honduras zu Recht als das weltweit gefährlichste Land für die Verteidigung unseres Planeten gilt. Im Gegensatz zur GAIPE nennt Global Witness im Fall Berta Cáceres auch Namen mutmaßlich beteiligter honduranischer Geschäftsleute.⁶ Die ehemalige Polizeikommissarin Maria Luisa Borjas bestätigte im November einige Namen und nannte weitere.⁷

Proteste und Hungerstreik von Studierenden

Auch 2017 protestierten die organisierten Studierenden des Movimiento Estudiantil Universitario (MEU) der nationalen Universität UNAH mit Besetzungen von Fakultätsgebäuden gegen die Verschlech-

4 <https://www.npla.de/poonaal/mord-an-berta-caceres-16-monate-spaeter/>

5 <https://www.theguardian.com/world/2017/feb/28/berta-caceres-honduras-military-intelligence-us-trained-special-forces>

6 <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/honduras-deadliest-country-world-environmental-activism/>

7 <https://criterio.hn/2017/11/22/comisionada-maria-luisa-borjas-senala-gladis-aurora-lopez-esposo-los-asesinos-berta-caceres/>

terung ihrer Studienbedingungen, gegen Privatisierung und für studentische Autonomie und Mitbestimmung. Sie forderten den Rücktritt der Rektorin Julieta Castellanos, die sich widerrechtlich eine neue Amtszeit gesichert hatte. Im Rückblick erscheint das Vorgehen gegen die MEU wie eine Blaupause für die Zeit nach der Wahl. Die Situation an der UNAH eskalierte seit Mai auf Grund exzessiver Gewalt durch Polizei, private Security und paramilitärische Schlägertrupps immer mehr. Hinzu kam die Kriminalisierung dutzender Studierender, denen hohe Gefängnisstrafen drohten. Am 22. Juni 2017 demonstrierte Roberto Gómez, Vater eines inhaftierten Studenten, vor dem Gerichtsgebäude, wo sein Sohn zusammen mit 19 weiteren Personen angeklagt war. Er äußerte sich dabei sowohl kritisch gegenüber dem Präsidenten Juan Orlando Hernández als auch der Rektorin Castellanos. Einen Tag später wurde Gómez von unbekannt Personen erschossen. Kurz darauf wurde auch Luis Joel Rivera, Soziologie-Student und aktives Mitglied der MEU, nachts vor seinem Haus ermordet. Augenzeug*innen sichteteten die gleichen weißen Lieferwagen, die auch beim Mord an Gómez in Nähe des Tatortes waren. Am 27. Juni traten 24 Studierende der MEU nach einem weiteren gewaltsamen Polizeieinsatz in einen unbegrenzten Hungerstreik. Im Juli kam es zur nächsten brutalen Attacke auf die Besetzer*innen der Fakultät für Chemie und Pharmazie.⁸



Das ganze Jahr über protestierten Studierende der Nationalen Universität. Strafverfahren und Repression waren die Antwort.

⁸ <http://www.pasosdeanimalgrande.com/index.php/en/especiales/protesta-social-unah> <https://amerika21.de/2017/07/180792/gewalt-studenten-honduras>
<https://amerika21.de/2017/06/179044/honduras-vater-student-mord> <https://amerika21.de/2017/06/178626/universitaet-honduras-gewalt>

Während einer Räumung am 8. September hielten Polizisten acht Studierende, drei Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und die Journalistin Tomy Morales für mehrere Stunden in einem Kleinbus der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte fest. Beim Aussteigen sprühten sie jedem einzelnen Pfefferspray direkt ins Gesicht. Morales und die weiteren Businsassen wurden in Handschellen abgeführt und auf ein Polizeirevier gebracht. Ebenso wie Carlos del Cid von der Ökumenischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte trug Tomy Morales Gesundheitsschäden davon. Sie musste nach ihrer Haftentlassung für mehrere Tage in ein Krankenhaus. Ein Prozess gegen sie wegen „Angriffes auf die Sicherheit des Staates“ wurde niedergeschlagen. Morales rettete sich ins Ausland.⁹



Verletzt nach Pfefferspray-Angriff der Polizei: Tomy Morales, Ariel Díaz und Carlos del Cid

Ein Drogenzar packt aus

Was ist das für ein Staat, in dem die politische Repression 2017 dermaßen stark anstieg, während die allgemeine Mordrate, eine der höchsten der Welt, leicht sank? Vor allem einer, der in den letzten Jahren immer stärker militarisiert wurde und dessen Institutionen sich – durchaus kein Widerspruch – fest im Griff des organisierten Verbrechens befinden. Im Lauf des Jahres kamen einige Details dazu ans Licht, ausgebreitet von Devis Lionel Rivera Maradiaga, einem der Köpfe des Drogenkartells der *Cachiros*. Durch Honduras werden etwa 80 Prozent der Drogen transportiert, die von den kolumbianischen an die mexikanischen Kartelle weitergereicht werden. Ein gutes Geschäft, das seit den neunziger Jahren floriert und in das nach dem Putsch 2009 unter anderem die *Cachiros* einstiegen. Als sie aufzfliegen drohten, zogen die Köpfe der *Cachiros* es vor, sich 2015 an die USA auszuliefern und 2017 begann der Prozess gegen sie. Die herrschenden Klassen in Honduras wurden einigermaßen nervös, denn die Aussageprotokolle, die auf Spanisch von der rechtskonservativen Tageszeitung *El Heraldo* veröffentlicht wurden, brachten recht konkrete Verbindungen der *Cachiros* bis hin zu Fabio Lobo, dem Sohn des ehemaligen Präsidenten Profirio Lobo

⁹ <http://www.rog.at/pm/honduras-brutaler-polizeiangriff-auf-journalistinnen/>

(2010 – 2014) von der regierenden Nationalen Partei, ans Licht. Ankläger sprachen laut New York Times von deutlichen Hinweisen auf „staatlich unterstützten Drogenhandel“. Auch in die 2013er Wahlkampfkasse von Lobos Nachfolger, Juan Orlando Hernández sollen Drogengelder geflossen sein. Rivera Maradiaga gestand 78 Morde. Fabio Lobo wurde an die USA ausgeliefert und verbüßt dort eine Haftstrafe von 24 Jahren. Auch Sicherheitsminister General Julian Pacheco Tinoco soll seine schützende Hand über die Cachiros gehalten haben. Pacheco und JOH bestreiten alle Vorwürfe und kamen bisher ungeschoren davon.¹⁰



„Sie werden nicht durchkommen“ - Lenca-Gemeinden trotzen Energie- und Bergbauprojekten auf ihren Territorien.

¹⁰ <https://www.insightcrime.org/news/analysis/another-damning-testimony-elites-honduras-trafficker/> <http://www.elheraldo.hn/pais/1050453-466/exjefenarco-tambi%C3%A9n-vincula-a-ministro-de-seguridad-juli%C3%A1n-pacheco>

Aktivitäten zu Honduras



Vor der Siemens-Hauptversammlung in München

„Grüne Energie“ auf Kosten der Menschenrechte

Zu Jahresbeginn luden wir den Interimskoordinator des Rates sozialer und indigener Organisationen von Honduras (COPINH), Tomás Gómez Membreño, nach München ein. Tomás Gómez nahm an unserer internationalen Podiumsdiskussion im Vorfeld der Siemens-Hauptversammlung am 1. Februar 2017 in München teil. Gemeinsam mit anderen Initiativen und mit NGOs wie GegenStrömung, medico international, Western Sahara Resource Watch und dem Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre erläuterten wir anhand von Beispielen die Mitverantwortung des Konzerns für Menschenrechtsverletzungen und Landraub in zahlreichen Ländern des globalen Südens. Im Fokus der Kritik standen so genannte “Grüne Energie”-Projekte.

COPINH wirft Siemens Mitverantwortung vor

In der Münchner Olympiahalle konfrontierte Gómez Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionär*innen mit den Konsequenzen ihres Verhaltens: „Ich wurde zum Interims-Koordinator von COPINH gewählt, nachdem unsere Generalkoordinatorin Berta Cáceres am 2. März 2016 brutal er-

mordet wurde. Kurz vor Mitternacht drangen Bewaffnete in ihr Wohnhaus in La Esperanza-Intibucá ein und erschossen sie. Es gibt überzeugende Beweise dafür, dass das Mordkommando enge Verbindungen zum Unternehmen Desarrollos Energéticos S.A. (DESA) hat.

Wie Sie wissen, ist die DESA Vertragspartnerin des Siemens-Joint-Ventures Voith Hydro. Voith Hydro hat einen Vertrag mit der DESA über die Lieferung von Turbinen und technischem Material für das Wasserkraftwerk Agua Zarca im Westen meines Landes abgeschlossen. Derzeit sind zwei mit der DESA verbundene Personen in Untersuchungshaft: einer der DESA-Geschäftsführer, Sergio Rodríguez, und der ehemalige Sicherheitschef der DESA, Douglas Geovany Bustillo. Sie werden beschuldigt, an dem Mordkomplott gegen Berta Cáceres beteiligt gewesen zu sein.

In bereits drei Hauptversammlungen hier an diesem Ort wurden Sie auf die illegalen Machenschaften und die schweren Menschenrechtsver-



„Menschheit wach auf! Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!“

letzungen in Bezug auf das Projekt Agua Zarca hingewiesen. Sie wurden mit der Forderung konfrontiert, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einzuhalten und in der Konsequenz auf Voith Hydro einzuwirken, damit Ihr Joint-Venture sich definitiv aus dem Projekt zurückzieht.

Ende 2015 und dann nochmals bei der Hauptversammlung 2016 haben wir Sie eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass vor Ort Todeslisten mit Namen von Leitungspersonen des COPINH und Gegner*innen des Projektes Agua Zarca kursierten. Sechs Wochen später wurde Berta Cáceres er-

mordet. (..) Und vergessen wir nicht: Sie tragen durch Ihr Nicht-Handeln auch eine Mitverantwortung für die Morde an indigenen Gemeindegan-



Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gelten auch für Joint-Ventures: Siemens sieht das anders. COPINH-Koordinator Tomás Gómez warf CEO Kaeser tödliche Versäumnisse vor.

führern und jungen Leuten aus dem Gemeindebezirk Rio Blanco, die sich dem Kraftwerksprojekt widersetzt haben. (...) Wir sagen Ihnen noch einmal: Die Lizenz für Agua Zarca wurde 2010 auf illegale Weise erteilt, ohne vorherige freie und informierte Konsultation der Gemeinden, entgegen den internationalen Richtlinien für indigene Völker.“

Siemens CEO Joe Kaeser antwortete, Siemens trage keine direkte Verantwortung, er wolle sich aber dafür einsetzen, dass der Mord an Berta rechtsstaatlich korrekt aufgeklärt werde. Ein Versprechen, welches im Jahr 2017 nicht eingelöst und 2018 nicht erneuert wurde.¹

Voith Hydro: Vertragstreue geht vor Menschenleben

Vor Podiumsdiskussion und Hauptversammlung hatten wir Tomás Gómez auch zu einem ausführlichen Gespräch mit Vertretern von Voith Hydro im schwäbischen Heidenheim begleitet. Es wurde deutlich, dass das Unternehmen zum damaligen Zeitpunkt, ein Jahr nach dem Mord an Berta Cáceres, noch nach einem Weg suchte, das vorläufig suspendierte Vorhaben auf der anderen Flussseite doch noch weiterzubetreiben und dass die Geschäftsführung Vertragstreue gegenüber dem Kunden DESA als vorrangig betrachtete. Die Verweise von Tomás auf die geschehenen Morde, die kriminellen Strukturen hinter dem Mordkomplott und die anhaltende Verfolgung von COPINH samt Attentatsversuchen auf seine Person konnten daran nichts ändern.

¹ <https://www.oeku-buero.de/siemens-jahreshauptversammlung-2017/articles/siemens-jahreshauptversammlung-2017.html>

„Berta ist nicht gestorben – sie hat sich vervielfacht“

Im Februar erschien die Zeitschrift ILA zum Schwerpunktthema Honduras, wozu wir unter anderem ein Resumee zu Agua Zarca beitrugen. Anfang März reisten wir nach Berlin, um an einer Gedenk- und Protestveranstaltung zum ersten Todestag von Berta Cáceres vor dem Brandenburger Tor teilzunehmen: Gemeinsam mit der „Menschenrechtskette Deutschland-Honduras“ (CADEHO) und zahlreichen anderen Gruppen erinnerten wir an Berta und die 216 weiteren Aktivist*innen, die 2016 in Lateinamerika aufgrund ihres Engagements für Landrechte, indigene Gemeinden und Umweltschutz ermordet wurden.



Mahnwache zum ersten Todestag von Berta Cáceres.

Im April begleiteten wir Bertha Zúñiga, eine von Berta Cáceres Töchtern, nach Brüssel und nahmen an einem von der Copenhagen Initiative für Zentralamerika (CIFCA) organisierten Arbeitstreffen zahlreicher europäischer NGOs

und Hilfswerke teil. Bertha sprach mit Vertreter*innen des European External Service, Parlamentarier*innen und der Presse. Neben der Straflosigkeit für die Auftraggeber des Mordes an ihrer Mutter war vor allem die Verteidigung indigener Territorien und indigener Rechte Thema der Gespräche, darunter die Debatte um Gesetzentwürfe zur Umsetzung der ILO Konvention 169.

„Moskito im Ohr der Mächtigen“

Im Juli begrüßten wir die Juristin Tirza Flores Lanza aus San Pedro Sulas, Honduras zweitgrößter Stadt, in München. Die nach dem Staatsstreich 2009 unrechtmäßig entlassene Richterin berichtete unter dem Titel „Zivilcourage gegen Putsch und Mafiastaat“ über acht Jahre Kampf gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen und für eine unabhängige Justiz. Die Diskussion mit dem Publikum drehte sich auch um die umstrittene Reform des Strafrechts in Honduras mit EU-Unterstützung und die systematische Kriminalisierung von sozi-

alem Protest. Angesichts dessen, dass für Honduras keinerlei Besserung der Verhältnisse in Sicht war, erinnerten wir uns den Rest des Jahres oft an Tirzas Ermunterung, die unsere Funktion und Wirksamkeit betrifft: „Wir sind der Moskito im Ohr der Mächtigen, der immer wieder stört und sie nicht schlafen lässt.“

Staudammproteste und Repression

Anfang August berichteten wir über die Zerstörung des Protestcamps in der Gemeinde Pajuiles im Norden von Honduras, das sich gegen ein Staudammprojekt richtete und einen damit verbundenen Angriff auf den Generalkoordinator der Menschenrechts- und Umweltschutzorganisation Movimiento Ampilo (MADJ), Martín Fernández, den wir Ende 2016 bei seiner Deutschlandreise begleitet hatten.² In einer Telefon-Eilaktion gemeinsam mit mehreren Mitgliedern des Netzwerks HondurasDelegation und US-amerikanischer Solidaritätsgruppen setzten wir uns erfolgreich für die Freilassung festgenommener Staudammgegner*innen aus Pajuiles ein.



Staudammgegner aus Pajuiles werden kriminalisiert: Soliaktion vor dem Gericht in Tela an der honduranischen Karibikküste.

² <https://www.ocku-buero.de/details-28/Angriff-auf-Generalkoordinator-MADJ.html>



Angriff auf den Koordinator der Umweltbewegung MADJ, Martín Fernández

Soziale Kämpfe im Norden, Westen und Süden

Anlässlich ihrer Dienstreise nach Honduras besuchte unsere Honduras-Referentin das wieder aufgebaute Protestcamp in Pajuiles, begleitete mehrere Tage lang Martín Fernández und weitere Mitglieder des MADJ und beobachtete den Auftakt des Prozesses gegen kriminalisierte Aktivist*innen in der Provinzstadt Tela. Ausführliche Berichte dazu finden sich auf unserer website.³

Auf dem Programm stand auch ein Besuch bei der Garífuna-Organisation OFRANEH in Sambo Creek. Dank COMPPA (Comunicadorxs Populares por la Autonomía) ergab sich die Möglichkeit, an einem Workshop für kommunale Radiomacher*innen aus ganz Honduras teilzunehmen. Besonders wichtig waren sodann mehrere Arbeitsgespräche mit dem im Mai 2017 neu gewählten Leitungsgremium des COPINH und der neuen Generalkoordinatorin Bertha Zúniga.

In Tegucigalpa besuchte unsere Honduras-Referentin als internationale



COPINH-Anwalt Victor Fernández:
Kein rechtsstaatliches Verfahren.

³ <https://www.oeku-buero.de/reisebericht-2017/articles/wir-verteidigen-nicht-nur-den-rio-mezapa.html>

<https://www.oeku-buero.de/reisebericht-2017/articles/reisebericht-teil-2.html>

Beobachterin einen der Prozesstermine gegen die ersten vier des Mordes an Berta und versuchten Mordes an Gustavo Castro Angeklagten und konnte miterleben, wie die Richterin nach kurzer Anhörung den Termin vertagte, weil Generalstaatsanwaltschaft und Kriminalpolizei der Nebenklage die für den Prozess nötigen Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt hatten. Dies sollte sich auch für den Rest des Jahres nicht ändern. Die Generalstaatsanwaltschaft ließ alle richterlichen Ultimaten ungerührt verstreichen.



Bertha Zúniga, neue Generalkoordinatorin des COPINH vor der Prozessöffnung.

Solidarität und Hoffnung

Bei einem mehrtägigen Seminar in Siguatepeque bestand die Möglichkeit, gemeinsam mit Aktivist*innen aus El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Kolumbien Erfahrungen auszutauschen und in einem sicheren Rahmen kreative Methoden zum Umgang mit Dauerstress und permanenter Gefährdung auszuprobieren und Solidarität und Hoffnung, die im honduranischen Alltag kaum Raum haben, neu zu entfalten.⁴

„Man sagt, Honduras sei das gewalttätigste Land der Welt. Ich meine aber, wir sind das Land, wo die Kapitalisten die gewalttätigsten sind.“

Juan Almandarez, CPTRT

Zum Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens (30. August) besuchte unsere Honduras-Referentin eine Diskussionsrunde im *Hogar contra el olvido* (Ort gegen das Vergessen) des Komitees der

⁴ Videodokumentation der Fundación Chasquis aus Kolumbien zum Seminar: https://www.youtube.com/watch?v=oj2DO6wKJuw&list=PLljYJqC-_b0AG6-au20oR48qBT6ERbfZ4

Familienangehörigen der verhafteten Verschwundenen in Honduras (COFADEH) in Santa Ana nahe Tegucigalpa. Es wurde deutlich, wie sehr in Honduras – im Vergleich etwa mit El Salvador und Guatemala – die Initiativen zur Erinnerungsarbeit noch in den Kinderschuhen stecken und wie gering ihre Entwicklungsmöglichkeiten angesichts der aktuellen Ereignisse sind.



Die achtziger Jahre kehren zurück: Zu den 143 Verschwundenen von damals kommen neue Fälle hinzu.

Zum Reiseprogramm gehörten schließlich auch Gespräche mit Vertreter* innen der EU-Delegation in Tegucigalpa, mit dem Verantwortlichen für das „Programm für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem neuen deutschen Botschafter Thomas Wrießnig.

Delegation mit dem Honduras Forum Schweiz

Begleitet von den Journalistinnen Dina Meza und Tomy Morales, die zugleich der Menschenrechtsorganisation ASOPODEHU angehören, startete am 1. September die Delegationsreise des HondurasForums Schweiz, an der sich unsere Honduras-Referentin aktiv beteiligen konnte.

Die Delegation sprach unter anderem mit Mitgliedsorganisationen der Koalition gegen die Straflosigkeit, mit der NGO CEHPRODEC zu Bergbauthemen, mit dem Schweizer Hilfswerk HEKS, dem staatlichen Ombudsmann für Menschenrechte Robert Herrera, mit der Lei-

terin des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Maria Soledad Pazo, mit der regierungsnahen NGO APJ (über deren Verständnis der Polizei“reform“), mit Unternehmer*innen und Rechtsanwältinnen, die gegen die Wiederwahl von Präsident Hernández opponierten und mit Studierenden des MEU.

Die Delegation besuchte im Süden des Landes die Protestcamps Prado I und II, in denen sich die Bevölkerung unter großen Risiken

und Unsicherheiten gegen Landraub und mögliche Veränderungen des lokalen Mikroklimas durch riesige Solarkraftwerke (u.a. von norwegischen Unternehmen) zur Wehr setzt. Sie führte Gespräche mit Vertreter*innen der Umweltbewegung MASS Vida und einem entlassenen hochgefährdeten Gewerkschafter, der sich für bessere Arbeitsbedingungen auf den Melonenplantagen des irischen Fruchtkonzerns Fyffes (inzwischen SUMITOMO Corporation Japan) eingesetzt und sein Engagement beinahe mit dem Leben bezahlt hatte.



Widerstand gegen ein norwegisches Solarprojekt.

Tomy Morales: Kurzzeit-Exil in München

Am 8. September, dem Tag, an dem das Honduras Forum Schweiz und unsere Honduras-Referentin ihre Beobachtungsmission beendeten, versuchten Tomy Morales, Carlos del Cid und Ariel Díaz elementare Rechte der protestierenden Student*innen zu verteidigen. Sie wurden über mehrere Stunden in einem Kleinbus der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte CONADEH festgehalten. Polizisten sprühten ihnen bei ihrer Festnahme Pfefferspray ins Gesicht, und sie trugen, gefördert durch die folgende Untersuchungshaft, teils bleibende gesundheitliche Schäden davon (siehe Länderbericht).

Zu ihrer Sicherheit und Erholung kam Tomy Morales im November zu Besuch nach Deutschland und wir organisierten ihren Aufenthalt in Norddeutschland, Berlin und schließlich bis Mitte Januar bei uns in München. Besonderer Dank gilt unseren Haidhauser Nachbar*innen von der anderen Seite des Pariser Platzes, dem Verein „Journalisten helfen Journalisten“, der rasch und unbürokratisch Flugkosten übernahm,

bei der Unterkunftssuche behilflich war und Tomy zu seiner Jahreshauptversammlung einlud. Wir vermissen Tomys ganz speziellen, quiriligen und scharfsinnigen Humor in unserem Büro und hoffen, dass sich ein guter Ort auf der Welt findet, an dem sie in Zukunft leben, arbeiten, schreiben und studieren kann.⁵

Eilaktionen, Offene Briefe und Pressemitteilungen

Im Juni starteten wir eine Eilaktion gegen die Kriminalisierung der streikenden Studierenden an der Nationalen Autonomen Universität (UNAH) und forderten eine Ende der Repression und die Aufklärung der beiden kurz zuvor geschehenen Morde (siehe Länderbericht).⁶

Am 19. Dezember gaben wir eine Pressemitteilung zur Lage in Honduras heraus und verlangten entschiedenes politisches Handeln der EU und der Deutschen Bundesregierung gegen die massive Repression und zugunsten eines demokratischen Neuanfangs: „Die Zivilgesellschaft in Honduras erwartet politisches Handeln, das dem Wunsch nach einem demokratischen Neuanfang Rechnung trägt. Das legalistisch-technische Lavieren der EU wirkt dagegen wie Öl ins Feuer einer ohnehin kritischen Situation, die stündlich weiter eskaliert.“⁷

Anfang Dezember hatten wir gemeinsam mit europäischen Solidaritätsgruppen einen Offenen Brief an die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten erarbeitet, der von über 64 Organisationen unterzeichnet wurde: „We ask you to demand that the Honduran government stops the repression of the legitimate and peaceful protests of Honduran citizens and that it respects their human right to protest. (...) Finally, and in

5 Linkauswahl zu Tomy Morales' Aufenthalt:

http://www.deutschlandfunk.de/pressefreiheit-in-honduras-eins-der-gefahrlichsten-laender.2907.de.html?dram:article_id=402456

http://www.deutschlandfunkkultur.de/menschenrechtssituation-in-honduras-wie-im-krieg.979.de.html?dram:article_id=401412

<https://www.npla.de/podcast/interview-mit-tomy-morales-zum-wahlbetrug-in-honduras/>

<https://www.oeku-buero.de/details-28/video-interview-zum-wahlbetrug-in-honduras.html>

<https://mmm.verdi.de/internationales/journalistin-und-menschenrechtlerin-46615>
<http://www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/mediemagazin/medienportrait-der-honduranischen-journalistin-tomi-morales-onair-100.html>

6 <https://www.oeku-buero.de/eilaktion-unah-honduras.html>

7 <https://www.oeku-buero.de/details-28/pressemitteilung-zur-lage-in-honduras.html>

view of the imminent risk that the political and human rights conditions will worsen even more, we request from you to temporarily suspend all financial aid to the government of Honduras until the said electoral manipulations have been resolved and repressive actions against the citizenry have ceased.“⁸

Wir informierten Bundestagsabgeordnete über die Situation und versuchten in direktem Kontakt mit der Deutschen Botschaft in Tegucigalpa und mit dem Auswärtigen Amt in Berlin zumindest einen gewissen Schutz für extrem bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen im Sinne der entsprechenden EU-Leitlinien einzufordern.

Situation der LGBT*-Community in Honduras



Aktiv und sichtbar trotz Gewalt und Diskriminierung: Die Asociación LGBT Arcoíris de Honduras kämpft weiter für gesellschaftlichen Wandel.

Am Sonntag, 2. April 2017, wurde Sherlyn Montoya von der Trans*Frauengruppe *Muñecas de Arcoíris* zuletzt gesehen. Am Morgen des 4. April fand man ihre Leiche mit Folterspuren in einem Sack in einem Außenbezirk von Tegucigalpa. Wir hatten eine Eilmeldung der *Asociación LGTB Arcoíris*, über die verzweifelte Suche nach der verschwundenen Sherlyn erhalten und weinten mit ihren Freund*innen und Angehörigen bei ihrem Begräbnis auf einem kargen Hügel am Rande eines marginalisierten Viertels, das wir per Videostream mitverfolgen konnten.

Sherlyns überlebende Namensvetterin Shirley Mendoza Godoy, ebenfalls Trans*Menschenrechtsaktivistin, konnte sich nach Deutschland ret-

⁸ https://www.ocku-buero.de/files/docs/Laender/Honduras/Honduras_Carta%20Abierta_05.12.2017.pdf

ten. Auf sie waren schon mehrere Attentate verübt worden. Nachdem sie Ende 2016 in der Hauptstadt Mitglieder des Militärs angezeigt hatte, die eine Minderjährige vergewaltigt und Shirley bedroht hatten, musste sie 2017 in den Süden des Landes fliehen. Dort spürten sie Männer mit militärischem Haarschnitt auf und versuchten, sie zu entführen. Sie entkam durch das beherzte Eingreifen von Freund*innen und Nachbarn nur knapp. In Deutschland warteten ein haftähnlicher Zwangsaufenthalt in der Transitzone eines Flughafens und ein gewalttätiger Übergriff in einer Gemeinschaftsunterkunft auf sie.



Anerkennung für einen Nachmittag: LGBT-Organisationen zeigen eine bunte Show im Zentrum der Hauptstadt Tegucigalpa.

Erste Trans*Frau kandidiert zur Wahl

Mindestens 34 Mitglieder der Lesbian-Gay-Trans-Bisexual (LGBT)-Community wurden 2017 in Honduras ermordet, davon neun Trans*Personen.⁹ Die Organisationen, die gegen Diskriminierung und Strafflosigkeit und für gesellschaftliche Anerkennung und politische Teilhabe kämpfen, lassen sich dennoch nicht unterkriegen: Mit Rihanna Ferrer kandidierte erstmals eine Trans*Frau bei den Parlamentswahlen. Sie versuchte - vergeblich - durchzusetzen, dass ihr weiblicher Name auf die Stimmzettel gedruckt wurde. Vorangegangen war im März eine Kampagne, um für die Vorwahlen Fotos und Namen von

⁹ Quelle: Medienmonitoring der lesbisch-feministischen Gruppe Cattrachas: <http://www.cattrachas.org>

Trans*Kandidat*innen auf Personalausweisen ändern zu können. Mitte des Jahres hatten mehrere LGBT*-Organisationen sogar noch Pläne für ein umfassendes Inklusionsgesetz, für dessen Verabschiedung und Umsetzung sie sich 2018 einsetzen wollten.

Münchener Arbeitskreis LGBT*-Honduras

Der LGBT*-Honduras-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros macht im mittlerweile dritten Jahr auf die Situation der Community aufmerksam und unterstützt unsere Partnerorganisation Asociación LGBT Arcoíris in Honduras sowie geflüchtete Trans*Aktivistinnen hierzulande solidarisch.

Unsere Honduras-Referentin wurde im Sommer bei Arcoíris überaus freundschaftlich und herzlich aufgenommen. Sie konnte miterleben, dass das Haus der Organisation für viele Mitglieder der Community der einzige sichere Ort in einer extrem homo- und transphoben Umgebung ist, an dem sie entspannen, sich austauschen, Rat finden und oftmals auch die einzige warme Mahlzeit des Tages einnehmen können. Auf genau diese Sicherheit zielen immer wieder Angriffe. So auch Anfang Dezember, als im Kontext der Repression nach dem Wahlbetrug Unbekannte versuchten, Türen und Fenster des Hauses von Arcoíris aufzubrechen.

Besuch im Gefängnis

Gemeinsam mit zwei Mitarbeiter*innen von Arcoíris besuchte unsere Honduras-Referentin eine Gruppe Trans-Frauen, die im Männergefängnis in Támara nördlich von Tegucigalpa inhaftiert sind.¹⁰ Die Haftbedingungen für die kleine Gruppe von Trans*Frauen im Gefängnistrakt für chronisch und psychisch kranke Gefangene sind schwierig. Von ihrem Zellengang aus blicken die Trans*Frauen auf eine Art Käfig, in dem hinter Eisenstäben sedierte Gefangene in Lumpen auf dem Boden und auf Zementblöcken ohne Decken vor sich hinvegetieren und Besucher*innen aus leeren Augen anblicken. Sie versuchen, die Mitglieder ihrer kleinen Gruppe vor diesem Schicksal zu schützen. Sie bleiben aktiv und helfen sich gegenseitig ihre Haftzeit einigermaßen unversehrt zu überstehen. Es fehlt ihnen an ausreichender Ernährung, Vitaminen und Mineralstoffen, guten Medikamenten, ärztlicher und medizinischer Betreuung, Anwält*innen, würdigen Arbeitsmöglichkeiten, von eigenen sanitären

¹⁰ Siehe „Weggeschlossen auf La Isla“ <https://www.oeku-buero.de/jahresbericht-2015/articles/honduras.html>

Einrichtungen ganz zu schweigen. Ihr gemeinsamer Plan, einen Friseursalon einzurichten, für den sie bereits Unterstützung aufgetrieben hatten, wurde von der Gefängnisleitung abgelehnt. Eine Gefangene, die inzwischen unter der Auflage, Sozialarbeit zu leisten, freikam, wird in Zukunft bei *Arcoiris* versuchen, die Unterstützung für ihre inhaftierten compañeras zu koordinieren.



Trans*Frauen im Männergefängnis werden am Besuchstag gezwungen sich männlich zu kleiden. Der Besuch trägt Menschenrechts-NGO-Westen.

Begleitung für Geflüchtete

In München begleiteten wir die Trans*Aktivistin Frenesys Sahory Reyes aus Honduras in ihrem Asylverfahren (großer Dank an dieser Stelle an die Rechtsanwältin Juliane Scheer!), bei Behördengängen und im Alltag. Über ihre ersten Schritte im politischen Exil führten wir ein Interview für das Honduras-Sonderheft der Zeitschrift ILA (Februar 2017). Gemeinsam mit solidarischen Gruppen und Einzelpersonen aus Hamburg und Berlin hielten wir auch Kontakt zu Frenesys' früherer Kollegin Shirley Mendoza, die ebenfalls 2017 politisches Asyl bekam.

Transgender Day of Remembrance

Am 20. November, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer von Hassverbrechen gegen Trans*personen (*Transgender Day of Remembrance* – TDOR) beteiligten wir uns an der Münchner Kundgebung und

dem Demonstrationzug durch die Innenstadt. Frenesys Reyes sagte in ihrer Rede vor der Bayerischen Staatskanzlei:

„Am 20. November 1998 wurde in Massachusetts (USA) Rita Hester ermordet, eine afroamerikanische transsexuelle Frau. Als Aktivist*innen wollen wir an diesem Tag die Gesellschaft wachrütteln: Sie muss sich der Hassverbrechen gegen uns Trans*Personen bewusst werden. Und wir laden alle ein, sich für eine Gesellschaft einzusetzen, in der insgesamt kein Platz mehr für Gewalt ist. (...) Der Mord an Rita Hester wurde niemals aufgeklärt. Und genauso ist es in sehr vielen Fällen von Hassverbrechen gegen Trans*Personen. Die Justiz schaut weg. In Lateinamerika und an vielen anderen Orten weltweit werden Hassverbrechen gegen Trans*Personen unsichtbar gemacht. Mein Heimatland Honduras verweigert uns sogar nach dem Tod noch die Anerkennung unserer Identität.“

Fundamentalistische evangelikale Religionsführer stacheln zum Hass gegen uns auf und die Regierung unterstützt sie dabei. Ich werde niemals aufhören, Gerechtigkeit zu fordern und einen besseren Schutz für unsere extrem verletzte Community. Wir brauchen soziale Inklusion ohne Diskriminierung. Nicht WIR sind gefährlich und abnormal, sondern diejenigen, die unsere Herkunftsländer in Armut, Gewalt und Korruption versinken lassen! Diejenigen sind abnormal, die Strafgesetze schaffen, mit deren Hilfe die Gesellschaft terrorisiert und sozialer Protest kriminalisiert wird. Gesetze, die Diskriminierung und Ausschluss fördern, statt sie unter Strafe zu stellen. Abnormal sind nicht WIR, sondern diejenigen, die unschuldige Personen töten, um die eigene Macht zu erhalten.



Angekommen im Exil: Shirley Mendoza und Frenesys Gaba Reyes.

Auch hier, in Deutschland, reicht es nicht aus, dass wir uns über ein Gesetz zur Geschlechtsidentität oder gleichgeschlechtliche Ehen freuen. Die LGTBI-Organisationen hier haben einiges erkämpft, gerade wir als Trans-Aktivist*innen sollten uns aber auf keinen Fall mit dem Status Quo der Gesetzgebung zufrieden geben. Auch in der Arbeits-, Gesund-

heits- und vor allem der Bildungspolitik ist noch viel zu tun. Wir müssen die jungen Generationen in den Schulen sensibilisieren – für Respekt und gegen Diskriminierung.

Und ich rufe alle hier heute auf: Seien wir wachsam, was die Situation der Trans-, lesbischen, schwulen und Queer-Geflüchteten betrifft. Jeder Übergriff auf eine geflüchtete Person wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Genderidentität ist einer zu viel!“

Gegen neokoloniales Denken

Im Rahmen der Münchner Tage der Menschenrechte berichteten Frenesy Reyes und Shirley Mendoza im Infocafé des Wohn- und Kulturzentrums Bellevue di Monaco über ihre zehnjährigen Erfahrungen im Widerstand gegen Diskriminierung und Verfolgung in Honduras und ihre aktuellen Erfahrungen als Geflüchtete, People of Colour und LGBT*Aktivistinnen im von Rassismus geprägten bundesdeutschen Alltag. Ein Abend, den wir gemeinsam mit peace brigades international veranstalteten und der gewohnte Nord-Süd-Perspektiven gründlich und produktiv in Frage stellte.



Christopher Street Day in München. Geflüchtete Trans*Aktivistinnen aus Honduras reklamieren mitten im Kommerzgetümmel Rechte und Schutz.

Länderbericht

Das Jahr 2017 wurde sowohl von der Umsetzung der Friedensverträge zwischen der kolumbianischen Regierung und den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) geprägt als auch vom Beginn des Wahlkampfes um die Präsidentschaft und um den Senat. All dies führte zu einer Spaltung des kolumbianischen Volkes und brachte gesellschaftliche Auswirkungen mit sich, die vor allem für die gefährdetsten Personengruppen negative Folgen haben.

Wirtschaft: uneinheitliche Ergebnisse

Kolumbien beendete das Jahr mit einer geschwächten Inlandsnachfrage, einer Arbeitslosenquote von mittlerweile 9,4% und einem rückläufigen Wirtschaftswachstum von höchstens 1,8%. Einer der am stärksten wachsenden Sektoren war die Landwirtschaft. Die Bergbauindustrie schränkte ihre Produktion zwar ein, die auf internationaler Ebene erhöhten Preise führten jedoch trotzdem zu einer Wertsteigerung der Exporte. Die Inflationsrate ist von 5,5% im Januar auf 4,1% zum Jahresende gesunken. Einerseits gab es einen größeren Kapitalabfluss, andererseits kam durch erhöhte Geldsendungen aus dem Ausland Geld ins Land. Während es zwar allgemeine Gehaltserhöhungen zwischen 4 und 7% gab, bekam die kolumbianische Bevölkerung aber auch die Auswirkungen der von 16 auf 19% erhöhten Mehrwertsteuer zu spüren^{1,2,3}.

Wille zur Veränderung vs. politische Interessen – das Friedensabkommen

Laut einem Bericht des *KROC Institute for International Peace Studies* vom 31. August 2017⁴ sind die Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens⁵ bisher nicht die erwünschten. Erstens fanden bis zu diesem Datum nur bei 45% der Maßnahmen, die das Friedensabkommen umfasst, Aktivitäten irgendeiner Art statt. Und mit dem juristischen Mechanismus *Fast Track* wurden nur 11 von 25 Gesetzesvorschlägen erfolgreich bearbeitet⁶. Zweitens wurden manche Punkte des Abkommens im Kon-

1 bit.ly/2BDa2BA

2 bit.ly/2sGQy0c

3 bit.ly/2sEXgQj

4 KROC Institute for International Peace Studies, 2017. Informe Sobre El Estado Efectivo De Implementación Del Acuerdo De Paz En Colombia

5 bit.ly/2mXa6W6

6 bit.ly/2GqFG4q

gress abgeändert, wie etwa die Veränderungen an dem übergeordneten Gesetz und der Sonderjustiz für den Frieden (*Justicia Especial para la Paz, JEP*)⁷. Die Vereinbarungen aus dem ersten Punkt des Friedensabkommens, in dem es um die strukturellen Ursachen des Konfliktes geht, wurden auch geändert. Laut OXFAM International und anderer Organisationen begünstigt zum Beispiel das Gesetz *Zonas de Interés de Desarrollo Rural Económico y Social (ZIDRES, Sonderzonen für die soziale und wirtschaftliche ländliche Entwicklung)*⁸ die traditionelle Agrarindustrie und schränkt die Beteiligung von Kleinbauern ein⁹. Drittens kam die Genehmigung der versprochenen 16 Sitze im Abgeordnetenhaus für Opfer des bewaffneten Konflikts im Kongress nicht durch. Die Entscheidung muss allerdings noch vom Verfassungsgericht überprüft werden¹⁰. Viertens stellen die kontinuierlichen Morde an ehemaligen Kämpfer*innen einen Verlust an Zeugen für die juristische Aufarbeitung dar. Zu guter Letzt lohnt es sich daran zu erinnern, dass das Abkommen nicht mit demokratischen Mitteln geschlossen wurde. Das spaltete nicht nur die Bevölkerung und spielte den Gegnern des Friedensprozesses in die Hände, sondern gefährdet auch das Fortbestehen des Vereinbarten und die Kontinuität von anderen Prozessen, wie zum Beispiel Volksabstimmungen¹¹.



Logo der neu gegründeten Partei *Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común*

Verlängerung des Zivilkonflikts

Als Folge der Demobilisierung der FARC erlebten viele Regionen einen Anstieg der Gewalttaten aufgrund des Streits um Land und der wieder erstarkenden Macht, die bewaffnete illegale Organisationen ausüben. Laut einem Bericht des kolumbianischen Verfassungsorgans für Menschenrechte *Defensoría del Pueblo* vom 30. März 2017 sind diejenigen am stärksten betroffen, die „sich an die Spitze des Kampfes für die Verteidigung von Territorien und natürlichen Ressourcen stellen, die sich für die Rechte der Opfer, für die Landrückgabe und für die Stärkung

7 bit.ly/2sDRSNl

8 Congreso de la República de Colombia. Ley 1776 de 2016 – Ley ZIDRES

9 bit.ly/2CvmBvK

10 bit.ly/2C8z2BN

11 bit.ly/2BDbx2B

der Gemeinschaftsagenden einsetzen, sowie dafür, dass die Umsetzung des Friedensabkommens auf territorialer Ebene geschieht“¹². Diese Menschen gehören zu sozialen, politischen oder Gewerkschaftsorganisationen oder -bewegungen. Die *Defensoría del Pueblo* meldete bis Juli 2017 500 bedrohte Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und 52 Mordopfer¹³. Die Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens meldete 101 Fälle von 2017 bis 2018¹⁴, das Institut für Studien zur Entwicklung des Friedens (Indepaz, *Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz*) meldete hingegen allein im Jahr 2017 170 Fälle¹⁵ und allein im Januar 2018 21 Fälle¹⁶. Die Angaben von Indepaz bedeuten einen deutlichen Anstieg im Gegensatz zu den 134 von der *Defensoría del Pueblo* im Jahr 2016 gemeldeten Morden. Dieser Anstieg an Gewalttaten stellt eine Verlängerung des Zivilkonflikts dar, in dem weiterhin die gleichen bewaffneten Akteure agieren. Auch Streitkräfte und Polizei sind weiterhin in Massaker und Angriffe auf die Zivilbevölkerung verwickelt. Ein Paradebeispiel ist das Massaker, das am 5. Oktober 2017 in einem Gebiet der Gemeinde Tumaco stattfand. Bei dem Massaker sind sieben Bauern ums Leben gekommen und 20 Menschen verletzt worden, wofür letztlich zwei Offiziere angeklagt wurden¹⁷. Laut Zeugenberichten sind die Bauern von Dissidenten der FARC und einem Drogenhändler gedrängt worden, sich der Kokavernichtung entgegenzustellen und an Protesten gegen die Beseitigung der Kokapflanzen teilzunehmen¹⁸.

Die illegalen bewaffneten Gruppen, die im letzten Jahr in Kolumbien am häufigsten agierten, waren die sogenannte Nationale Befreiungsarmee (*Ejército de Liberación Nacional*, ELN, eine Guerilla-Gruppe), die paramilitärische Gruppe *Clan del Golfo*, die sich auch *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* (AGC) nennen lässt, und im städtischen Raum die *Oficina de Envigado*, ein Verband von kriminellen Banden und Drogenhändlergruppen. Außerdem muss man hervorheben, dass sogar die *Defensoría del Pueblo* zugibt, dass „(...) dazu kommen noch die Interessen von Eliten und mäch-

12 Defensoría del Pueblo, Colombia. Informe De Riesgo N° 010-17 A.I. 30 de marzo de 2017

13 bit.ly/2Ht2DFz

14 bit.ly/2ERiIeI

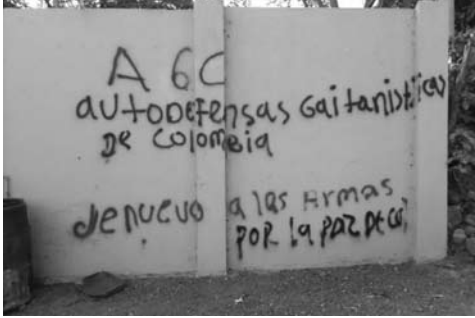
15 bit.ly/2CxjALe

16 bit.ly/2EC8iew

17 bit.ly/2oaLUPo

18 bit.ly/2y7eUxF

tigen regionalen Gruppen (...) Die Hauptstrategie dieser Elitegruppen ist bisher die Stigmatisierung von sozialen und politischen Bewegungen



Graffiti und Bedrohung der AGC im Juli 2017: „Zurück zu den Waffen für den Frieden“

als Handlanger der Guerilla und vor allem auch ihr bewaffneter Kampf gegen linksorientierte politische Bewegungen¹⁹. Diese Verlängerung des Konflikts führt auch weiterhin zu Fluchtbewegungen der Bevölkerung, sei es innerhalb der Städte, vom Land in die Städte oder im ländlichen Bereich.

„Kolumbien soll kein zweites Venezuela werden“

Jedoch gibt es nicht nur inländische Fluchtbewegungen aufgrund des internen Konfliktes, sondern es gibt auch Zuwanderung, vor allem aus Venezuela. Im August 2017 hielten sich 153.000 Venezolaner*innen illegal in Kolumbien auf²⁰, im Dezember 2017 waren es insgesamt, legal und illegal, 550.000²¹. Obwohl es keine offiziellen Angaben zur Anzahl der Flüchtlinge gibt, existieren Fälle von illegalen Flüchtlingscamps, gewaltsamen Vertreibungen²² und Angriffen auf die venezolanischen Flüchtlinge²³. Obwohl die Situation keineswegs neu ist, nutzen einige Parteien und religiöse Bewegungen das Thema der Migration aus Venezuela zu ihren Gunsten im Wahlkampf, ähnlich den Diskursen Donald Trumps. So wurde der Slogan „Kolumbien soll kein zweites Venezuela werden“ popularisiert und für die Stigmatisierung von linken Bewegungen und für die Medienkampagne gegen das Friedensabkommen benutzt. Die Venezolaner*innen fliehen vor allem wegen des Mangels an Lebensmitteln²⁴. Und sie tun dies, obwohl sie in ein Land migrieren, wo laut

19 Defensoría del Pueblo, Colombia. Informe De Riesgo N° 010-17 A.I. 30 de marzo de 2017

20 bit.ly/2FeNsPE

21 bit.ly/2oizhAR

22 bit.ly/2Cwtf18

23 bit.ly/2CvysK9

24 youtube.com/watch?v=FU6i0utR1XU

Berichten von OXFAM²⁵ und den Vereinten Nationen²⁶ die soziale Ungleichheit größer ist als in ihrer Heimat.

Kolumbien zwischen Straflosigkeit und Gerechtigkeit

Weitere wichtige Themen im Jahr 2017 waren Drogenhandel, Gewalt und Straflosigkeit. Zum einen existiert in Kolumbien nach wie vor das Problem des illegalen Drogenhandels. Unter dessen Folgen leiden vor allem weiterhin die Bauern und indigenen Gemeinden, die Kokablätter oder Marihuana anbauen. Diese Gemeinden haben es noch nicht geschafft, ihr Land auf den Anbau alternativer Produkte umzustellen, sei es aufgrund des Drucks illegaler Gruppen oder weil die Lösungsvorschläge des Staates nicht ausreichen, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken²⁷. Zum anderen ist zwar die durchschnittliche Mordrate mit 24 Morden pro 100.000 Einwohnern heute wieder so niedrig wie vor 40 Jahren und nur die Anzahl der Morde an einflussreichen Persönlichkeiten gestiegen²⁸. Allerdings umfasst das Thema Gewalt nicht nur Morde. Es gibt weiterhin Gewalt gegen Frauen und den Bemühungen, diese zu bekämpfen, stellen sich vor allem einige religiöse Gruppen entgegen. Was die Straflosigkeit angeht, gab es sowohl positive als auch negative Fälle. Ein negatives Beispiel ist der Fall der Friedensgemeinde *Comunidad de Paz de San José de Apartadó* im Golf von Urabá. Dort wurden am 30. Dezember zwei Personen, die den gesetzlichen Vertreter der Gemeinschaft um-



Vernichtung illegaler Plantagen unter anderem mit Glyphosat

25 bit.ly/2FgynwI

26 bit.ly/2nezplJ

27 nyti.ms/2ERtcFK

28 bit.ly/2EToVC4

bringen wollten, der Staatsanwaltschaft übergeben²⁹. Allerdings ordnete der Richter an, sie aufgrund von „Fehlern im Festnahmeprozess“ freizulassen. Obwohl die zwei anfangs Festgenommenen ihre Absicht zugaben, den Gemeindeführer ermorden zu wollen, legten die regionalen Autoritäten den Fall beiseite. Zur positiven Entwicklung zählt, dass nun die verantwortlichen Soldaten und Offiziere im Fall der als *falsos positivos* bekannten extralegalen Hinrichtungen zur Rechenschaft gezogen werden, darauf hatte das Land seit langem gewartet. Einigen der Beteiligten wurden Gefängnisstrafen von bis zu 46 Jahren auferlegt³⁰. Der Mord an den Jugendlichen wurde fälschlicherweise so dargestellt, als wären sie Kämpfer*innen der Guerilla gewesen, die im Kampf umgekommen waren.

Umwelt: Das Volk hat das letzte Wort – oder doch nicht?

Kolumbien ist dabei, sich als Exportland im Bergbau zu positionieren. Das erhöht die Umweltrisiken im Land drastisch. Daher versuchen die lokalen Gemeinden, sich mehr Mitspracherecht zu verschaffen, vor allem mithilfe von Volksabstimmungen. 2017 gab es erfolgreiche Fälle, wie etwa in der Gemeinde Cajamarca, Tolima, wo die Bewohner*innen es schafften, das Projekt der Goldgewinnung La Colosa des Unternehmens Anglogold Ashanti zu stoppen³¹. Dieses Projekt hätte ein so großes Potenzial zur Goldgewinnung, dass es zur größten Goldmine Südamerikas werden könnte. 97,9% der Bevölkerung stimmten aber gegen die Goldmine. Andererseits gab es auch Fälle, in denen die Volksabstimmungen durch lokale oder regionale Regierungen aus unterschiedlichen Gründen verschoben oder gestoppt wurden³². Ein anderes Beispiel war der Kampf um den Erhalt der Moorlandschaften Kolumbiens, um diese vor der Nutzung für Bergbauprojekte zu schützen, wie im Fall von Santurbán. Fatale Umweltfolgen haben aber auch die starke Abholzung³³, die Angriffe der ELN auf Ölinfrastrukturen³⁴ und der Bau von großen

29 youtu.be/Inl6gDxkOxc

30 bit.ly/2sDWcMz

31 bit.ly/2sEz54y

32 bit.ly/2EOOPqh und bit.ly/2C972OB

33 bit.ly/2zCV49Z

34 bit.ly/2poES8G

Wasserkraftwerken, wie zum Beispiel das Projekt Hidrosogamoso³⁵. Ein weiteres Thema 2017 waren die Entscheidungen des Verfassungsgerichts zum Recht auf Trinkwasser und zum Tierschutz.

Zum Abschluss: „Sklaven“ des Friedens

Im Oktober 2017 war Papst Franziskus auf Kolumbien-Reise. Er wendete sich mit einer Botschaft von Versöhnung und Frieden an das kolumbianische Volk und forderte in seinen Ansprachen die Kolumbianer*innen auch dazu auf, sich „für immer zu Sklaven des Friedens“ zu machen³⁶. Was hat er damit gemeint?

2018 – Wahlen, Umsetzung des Friedensabkommens und Gerechtigkeit

Das Jahr 2018 wird geprägt sein vom Friedensprozess mit der ELN-Guerilla, der im Moment aufgrund von neuen Angriffen und Attentaten durch die Guerilla im Januar unterbrochen ist. Die Guerilla-Bewegung äußert in ihren Mitteilungen ihre Besorgnis und rechtfertigt die Angriffe mit der Unterdrückung der Gemeinden durch das kolumbianische Militär, sogar während des Waffenstillstands im Dezember. Außerdem prangert sie die Nichteinhaltung von Abmachungen aus dem Friedensprozess mit den FARC an³⁷. Ferner wird der Beginn von Verhandlungen mit



Vertreter der ELN und von Kolumbien und Ecuador in einer Gesprächsrunde in Ecuador

35 bit.ly/2EDwZn5

36 Discursos y homilias que pronunció S.S. Francisco en su viaje apostólico a Colombia. Septiembre 2017

37 bbc.in/2C4UOGN

kriminellen Banden und Drogenhändlern erwartet, wie zum Beispiel mit der Gruppe *Oficina de Envigado* oder paramilitärischen Gruppen wie den AGC.

Leider interessiert sich ein Großteil der Kolumbianer*innen nicht dafür, was Tag für Tag in der Politik vor sich geht. Noch weniger sind sie daran interessiert, aktiv daran teilzunehmen. Viele haben einfach Angst, ihre Meinung zu äußern. In den letzten 60 Jahren wurden viele Menschen, die sich für alternative Ideen einsetzten, ermordet. Das wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung darstellen: die Bürgerbeteiligung zu erhöhen, ohne dass es zu Gewalt kommt. Die Agenda 2018 wird eng mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verknüpft sein. Die Wahlen werden nicht nur dazu gut sein, politische Machtstellungen zu klären, sondern vor allem auch die Zukunft der Friedensabkommen sowohl mit den FARC als auch mit der ELN bestimmen. Vom Ausgang der Wahlen werden auch entscheidende Themen zur Nachhaltigkeit, wie die Entwicklung von Bergbau und Energiegewinnung, die aufgeschobenen Volksabstimmungen, das humanitäre Minenräumen, Antikorruptions-Kampagnen und Prozesse gegen die Straffreiheit abhängen. Vielleicht kann eine größere Bürger*innenbeteiligung den Grundstein für ein Leben nach dem Konflikt legen, für neue Bildungs-, Wirtschafts- und Politikmodelle.

Aktivitäten des AK Kolumbien

Im vergangenen Jahr lag der Fokus von unserem Arbeitskreis Kolumbien vor allem auf der Umsetzung des Friedensabkommens und auf den Problemen der indigenen Gemeinden. Unser Hauptziel war es, die Lebensrealität dieser Gemeinden kennenzulernen und Alternativen zu suchen, wie wir uns mit ihnen solidarisieren und ihre Arbeit unterstützen können. Auch wenn nur wenige Aktivitäten stattfanden, haben wir es doch geschafft, sowohl mit Aktionen im öffentlichen Raum als auch mit Events ein neues Publikum zu erreichen. Insgesamt konnten wir ungefähr 740 Personen durch die Verteilung von Flyern im öffentlichen Raum, durch Veranstaltungen, die wir in München organisiert haben, und durch die Teilnahme als Redner an einem Event in Stuttgart auf unsere Anliegen aufmerksam machen. Der Großteil der Teilnehmer*innen war zum ersten Mal bei unseren Aktivitäten. Um das zu erreichen, hatten wir immer eine Mischung von Information, Kultur und Musik im Hinterkopf sowie die Nutzung von neuen Räumen in verschiedenen Tei-



Kulturbeitrag nach einer Diskussionsveranstaltung

len der Stadt. Außerdem möchten wir hier hervorheben, wie wichtig es war, dass wir neue Partnerschaften schaffen und einige schon existierende festigen konnten.

Indigene Gemeinschaften

Am 12. Mai diskutierte der AK Kolumbien die aktuelle Situation der indigenen Gemeinden an der Grenze zwischen Ecuador und Kolumbien. Dort leiden die Gemeinden seit vielen Jahren unter den Folgen der Ölpest des Unternehmens Texaco, das heute Chevron heißt. Bei diesem Treffen entstand die Idee, die Kampagne #DiaAntichevron zu unterstützen, die jährlich am 21. Mai stattfindet. So waren wir dann am 20. und 21. Mai mit einer Info-Aktion auf dem Street Life Festival in München aktiv. Wir verteilten an den Ständen von Casa Latinoamerica e.V. und Nord Süd Forum e.V. Flyer mit Informationen über diese Naturkatastrophe im Amazonasgebiet. 500 Flyer wurden an diesen zwei Tagen verteilt. Parallel dazu waren wir auch an dem Stand der Kampagne Raus-aus-der-Steinkohle vertreten. Dort organisierten wir eine Fotoausstellung, die die Lebensrealität der Wayuu-Gemeinden im Norden Kolumbiens zeigte, wo sich das Kohlebergwerk El Cerrejón befindet.

Wir blieben bei dem Thema der indigenen Gemeinden und luden am 30. Juni zwei Stammesvertreterinnen ein, um ihre Lebensphilosophie, ihre Probleme und ihre Sichtweise zur Entwicklung kennenzulernen. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Nord Süd Forum,

mit der Kampagne Raus-aus-der-Steinkohle, mit dem Casa Latinoamerica e.V. sowie mit dem BUKO-Kollektiv (Bundeskongress für Internationalismus) und mit Aluna Minga e.V. durchgeführt. An diesem Tag begleiteten uns Jakeline Romero Epiayu als Repräsentantin des Kollektivs *Fuerza de Mujeres Wuyayúu* (Wayuu-Frauenkollektiv) und Teresita Lopez Antazú als Repräsentantin der Yanasha-Gemeinde in Peru. Jakeline war Teil einer Tour, die vom BUKO-Kollektiv als Teil der Kampagne „*Paremos La Mina!* – Besser leben ohne Kohle“ organisiert wurde. Jakeline und Teresita ließen uns an den Visionen und Sichtweisen ihrer Gemeinden teilhaben, erzählten uns ein wenig über ihre Kulturen und über *El Buen Vivir* – das gute Leben. Was uns leider am stärksten im Gedächtnis blieb, ist die Situation aus Drohungen, Wasserknappheit und Vertreibung, die die Wayuu-Gemeinden wegen der Bergbauprojekte in den Regionen erleben, in denen sie seit langem traditionell leben. Beide Gäste hoben hervor, wie wichtig es sei, die Umwelt zu schützen und der Natur und den Menschen mehr Aufmerksamkeit zu widmen als der Gewinnung von Ressourcen, um so den zukünftigen Generationen einen Ort zum Leben zu hinterlassen.



Die Referentinnen Teresita Antazú aus Perú (Mitte) und Jakeline Romero Epiayu aus Kolumbien (2. v.l.)

Eine weitere Veranstaltung zum Thema der indigenen Gemeinden fand am 31. Oktober in erneuter Zusammenarbeit mit dem Verein Aluna Minga statt. Bei dieser Veranstaltung wurde der Film *Quintín Lame*,

Raíz de los Pueblos von Pedro Pablo Tattay gezeigt, in dem es um die Verteidigung der Länder und der Rechte der indigenen Gemeinden in Kolumbien geht. Der Film weist besonders auf die mehr als hundert Jahre Vertreibung, Unterwerfung und Völkermord an den indigenen Gemeinden hin, die diese aufgrund von Landbesitzern erleiden, die das Land für industrielle Zwecke nutzen wollen. Nach dem Film hatten wir erneut die Gelegenheit, einen indigenen Vertreter zu hören, dieses Mal Leandro Janamejoy aus der selbstverwalteten indigenen Gemeinde Inga. Die Geschichte der Inga-Gemeinde in Aponte im Bundesstadt Nariño im Süden des Landes ist, wie die aller anderen indigenen Gemeinschaften in Kolumbien auch, geprägt von einer langen Tradition des Kämpfens und des Widerstandes gegen bewaffnete Akteure des Zivilkonfliktes und gegen die Unterdrückung durch Regierung und wirtschaftliche Eliten. Die indigenen Gemeinden kämpfen für das Recht, ihre Gebiete unabhängig regieren zu dürfen, ihre eigene Bildungs- und Entwicklungspolitik entwickeln zu dürfen und für das Recht, ihre Sprache und Kultur erhalten zu können. Leandro zeigte uns ein gutes Beispiel für Selbstverwaltung in Übereinstimmung mit der Natur und dafür, wie die Gemeinde in den Dialog mit den bewaffneten Akteuren tritt, um ihre Gebiete zu verteidigen.

Das Thema der indigenen und bäuerlichen Gemeinden schlossen wir dann mit einer weiteren Filmprojektion ab, dieses Mal in Zusammenarbeit mit pbi (*peace brigades international*) - Deutscher Zweig e.V. und Aluna Minga. Der Film *Chocolate de Paz* von Gwen Burnyeat und Pablo Mejía Trujillo, in dem es um das Leben der Friedensgemeinde *Comunidad de Paz de San José de Apartadó* geht, zeigt, dass es möglich ist, einen solidarischen Lebensstil zu entwickeln, der auf Gewaltfreiheit basiert. Bedauerlicherweise lebt diese Gemeinde immer noch unter dem Druck und den Drohungen von paramilitärischen Gruppen, sei es, weil es in ihren Gebieten Mineralvorkommen gibt oder weil sie sich auf den Routen des Drogenhandels befinden. Die Friedensgemeinschaft San José de Apartadó feierte letztes Jahr ihr 20-jähriges Bestehen.

Friedensabkommen

Was den Friedensprozess angeht, haben wir vom 3. bis 5. Mai aktiv am internationalen Symposium Kolumbien: Historisches Gedächtnis, Postkonflikt und Transmigration in Frankfurt teilgenommen. Dort konnten wir Menschen kennenlernen, die sich für unsere Arbeit interessieren und

mögliche Partner für künftige Aktionen sind. Außerdem wurde die Idee geboren, auch in München solch ein Symposium durchzuführen.

Ferner nahm unser Mitarbeiter Alejandro Pacheco-Zapata an der Seite von Barbara Unger von der Berghof Stiftung und Christiane Schulz, Menschenrechtsexpertin und -beraterin, an einer öffentlichen Podiumsdiskussion über die Fortschritte des Friedensprozesses mit den FARC teil. Die Veranstaltung fand am 5. Oktober in Stuttgart statt und wurde von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg organisiert. Die wichtigsten Punkte, die bei diesem Treffen besprochen wurden, sind in unserem Kolumbienbericht detailliert aufgeführt.



Gespräch in Stuttgart zum Thema Friedensprozess

Fortsetzung der Kolumbien-Arbeit

Ein Hauptziel für 2018 ist die Stärkung des Münchner Arbeitskreises für Menschenrechte in Kolumbien in Zusammenarbeit mit Aluna Minga. Wir hoffen, dieses Jahr eine Arbeitsstelle für einen Kolumbienreferenten oder eine Kolumbienreferentin kreieren zu können, um uns noch intensiver mit diesem Land zu beschäftigen. Eine der wichtigsten Aufgaben wird es sein, eine Arbeitsmethode festzulegen, die es uns ermöglicht, dringende Aktionen zu unterstützen, die sich für den Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen einsetzen. Außerdem möchten wir unsere Zusammenarbeit mit den indigenen Gemeinden weiterführen, da diese für uns den Kampf für den Erhalt ihrer Gebiete, den Respekt für Volksabstimmungen und den Respekt vor der Natur verkörpert. Daher werden wir vor allem mit unseren Kampagnen gegen die Steinkohle weitermachen und die Schadensbehebung an den Grenzgebieten zu Ecuador fördern. Wir freuen uns auf neue Mitwirkende und Unterstützer*innen.

Länderbericht

Das Jahr 2017 gestaltete sich wieder einmal zwiespältig für El Salvador. Das Verbot von metallischem Bergbau ist zweifelsohne ein großer Erfolg der sozialen Bewegungen. Andererseits lässt das ebenfalls lang geforderte allgemeine Wassergesetz weiterhin auf sich warten. Hoffnung macht, dass sich nun endlich 17 ehemalige Militärs für das Massaker von El Mozote vor Gericht verantworten müssen. Auf der anderen Seite schwebt Trumps Migrationspolitik wie ein Damoklesschwert über dem mittelamerikanischen Land. Es bleibt abzuwarten, was der Ausschluss des beliebten Bürgermeisters von San Salvador, Nayib Bukele, aus der FMLN für die Zukunft der Partei und des gesamten politischen Systems bedeutet.



„Wasser ist wertvoller als Gold“: Proteste gegen den metallischen Bergbau

Verbot des metallischen Bergbaus

Vergangenes Jahr erzielten die sozialen Bewegungen El Salvadors einen weiteren Erfolg gegen die Gefahren des Goldbergbaus für Mensch und Umwelt: Nachdem bereits im Oktober 2016 die Klage des Konzerns Oceana Gold gegen El Salvador vor dem Schiedsgericht der Weltbank abgelehnt¹ worden war (vgl. Jahresbericht 2016), verabschiedete am 29. März 2017 das Parlament El Salvadors das *Ley de Minería* (Bergbaugesetz). Dieses verbietet im gesamten Land den metallischen Bergbau.² Neben dem Abbau sind darüber hinaus auch die Erkundung von möglichen Vorkommen, die Ausfuhr von Edelmetallen wie auch die Anwen-

¹ <https://amerika21.de/2016/10/162443/weltbank-bergbau-el-salvador>

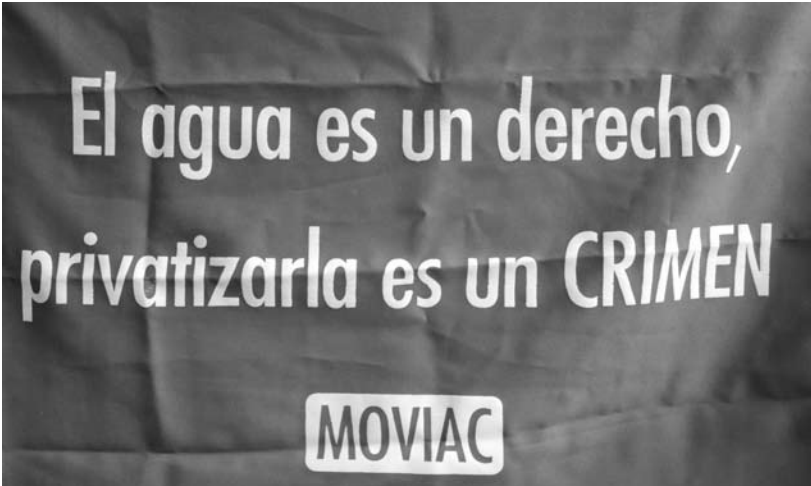
² <https://amerika21.de/2017/04/173123/el-salvador-mineralien-abbau>

dung der giftigen Stoffe Zyanid und Quecksilber verboten. Das Verbot gilt unabhängig davon, ob der Abbau über oder unter Tage erfolgt. Bemerkenswert ist, dass dieses weltweit einmalige Gesetz mit einer überwältigenden Mehrheit vom Parlament (69 von 82 Stimmen) verabschiedet wurde. Sowohl die rechte ARENA- Partei wie auch die linke Partei FMLN unterstützten letztlich die Vorlage. Angesichts des großen gesellschaftlichen Drucks wollte wohl keine der großen Parteien riskieren, in dieser so wichtigen Frage im Abseits zu stehen. Neben den sozialen Bewegungen, die sich rund um das *Foro de Agua* (Wasserforum) gruppieren, hatte sich auch die katholische Kirche für ein solches Gesetz ausgesprochen. Unterstützung kam ebenfalls durch zahlreiche Gruppen der internationalen Zivilgesellschaft.

Allgemeines Wassergesetz lässt weiterhin auf sich warten

Weiterhin ohne Ergebnis bleibt jedoch bisher die Forderung nach einem *Ley General de Agua* (allgemeines Wassergesetz). Obwohl es in El Salvador im Schnitt doppelt so viel regnet wie in London, befindet sich das Land weltweit unter den 14 Ländern mit der größten Wasserknappheit. Von den rund 6 Millionen Einwohner haben 1,5 Millionen keinen eigenen Wasseranschluss. Betrachtet man die Schwierigkeiten des Zugangs zu Wasser und die dabei bestehenden Ungleichheiten, so belegt El Salvador unter den Ländern Lateinamerikas und der Karibik den dritten Platz. Landwirtschaft und Industrie verbrauchen 54% des verfügbaren Wassers. Abgerechnet wird jedoch nur nach bewässerter Fläche und nicht nach tatsächlichem Verbrauch. Das kommt besonders den großen Zuckerrohrproduzenten und Viehzüchtern entgegen, die für ihren immensen Bedarf fast nichts bezahlen müssen. Diese Situation führt dazu, dass das öffentliche System der Wasserversorgung chronisch unterfinanziert ist. Das hatte in der Vergangenheit zur Folge, dass wichtige Instandhaltungs- und Modernisierungsarbeiten nicht ausgeführt wurden.

Derzeit liegen dem Parlament zwei Gesetzesvorschläge für ein allgemeines Wassergesetz vor. Die linke Partei FMLN fordert in Anlehnung an die Vorschläge der sozialen Bewegungen die Wasserversorgung vollständig unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Dabei soll der Zugang zu Wasser nach abgestuften Prioritäten geregelt werden. An erster Stelle steht dabei der Gebrauch als Trinkwasser, dann folgt die Produktion von Nahrungsmitteln und erst danach kommen die weiteren Verwendungsformen.



Wasser ist ein Recht, es zu privatisieren ein Verbrechen

Demgegenüber steht ein Vorschlag des Unternehmensverbandes. Dieser möchte in Zukunft die Wasserversorgung unter private Kontrolle stellen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament konnte sich im Laufe der zweiten Jahreshälfte bislang keine der beiden Fraktionen abschließend durchsetzen.³

Allerdings wurde bekannt, dass der Präsident Sánchez Cheren am 9. Januar 2018 nun doch einem Gesetz zugestimmt hat, das die Wiederaufbereitung von verschmutzten Wasser durch private Unternehmen ermöglichen wird. Soziale Bewegungen kritisieren diesen Vorschlag als ersten Schritt hin zu einer Privatisierung. Es wird befürchtet, dass damit die Gewinne in die Unternehmen fließen werden, während die Kosten - wie so oft - von der Allgemeinheit zu tragen sind. Befürchtet wird darüber hinaus auch ein Ansteigen der Wasserpreise.⁴

3 <http://voces.org.sv/2017/06/05/el-agua-derecho-constitucional-que-no-es-de-todos/>

4 <https://www.revistagatoencerrado.com/sanchez-ceren-sanciona-reformas-a-ley-del-asocio-publico-privado/>



Pressekonferenz des Menschenrechtsanwaltes David Morales von Cristosal (links) mit dem juristischen Team von Tutela Legal zum Fall El Mozote

Aufarbeitung der Verbrechen des Bürgerkrieges

Die Aufhebung des Amnestiegesetzes im Juli 2016 (siehe Jahresbericht 2016) führte dazu, dass im März 2017 der erste Kriegsverbrecherprozess El Salvadors überhaupt aufgenommen werden konnte.⁵ Bei diesem müssen sich 17 ehemalige-Militärs für das Massaker in El Mozote verantworten. Im Dezember 1981 waren in dem Dorf El Mozote rund 1000 Zivilisten vom Bataillon Atlacatl der salvadoranischen Armee systematisch ermordet worden; das Bataillon war vorher von der US-Army trainiert worden. 60% der Opfer waren Kinder. Das Verbrechen war Teil einer Reihe von Massakern, die das Ziel hatten, jegliche Unterstützung der Bevölkerung für die Guerilla auszulöschen. El Mozote gilt als das größte von Regierungstruppen begangene Massaker in der Geschichte Lateinamerikas.

Die Angeklagten werden durch ein großes Team der besten Anwaltskanzleien El Salvadors vertreten und von mächtigen politischen Netzwerken wie auch von Kreisen des Militärs unterstützt.

Im Laufe des Jahres wurden 37 Zeug*innen angehört. 2018 sollen die Beweise gegen die Angeklagten untermauert werden. Die Anklage und die Vertretung der Opfer werden durch den Menschenrechtsanwalt David Morales von der Organisation Cristosal unterstützt⁶, der 2017 auch Gast beim Öku-Büro war (siehe unten).

⁵https://elpais.com/internacional/2017/04/01/america/1491015959_348167.html

⁶<https://www.cristosal.org/news/2017/9/20/why-el-mozote-matters-now>

Trump droht mit Abschiebung von Migrant*innen

Ein wahrer Horror für das kleine mittelamerikanische Land ist Trumps Politik gegenüber den zentralamerikanischen Migrant*innen in den USA. Der amtierende Präsident der Vereinigten Staaten hatte in seinen Wahlkampf versprochen, eine deutlich restriktivere Migrationspolitik als sein Vorgänger durchzusetzen. Bezogen auf El Salvador ging es dabei vor allem um die Zukunft des Programms *Deferred Action for Childhood Arrivals* (DACA) sowie um Migrant*innen, die einen zeitlich begrenzten Aufenthaltstitel im Rahmen des TPS (*Temporary Protected Status*) besitzen.

Mit DACA hatte Obama den Kindern von Einwander*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung einen legalen Aufenthaltsstatus verschafft. Dieser ermöglichte es ihnen, eine Ausbildung zu absolvieren, zu studieren und zu arbeiten. Tausende Kinder und Jugendliche, die in den letzten Jahren mit ihren Familien oder allein über die grüne Grenze eingewandert waren, konnten sich so ihren Traum von einem besseren Leben erfüllen. Deshalb werden sie im US-Sprachgebrauch *dreamer* („Träumer“) genannt. Am 5. September kündigte Trump an, dieses Gesetz aussetzen zu wollen. In Zukunft sollen nur noch diejenigen Jugendlichen bleiben dürfen, die in den USA geboren wurden. Schätzungsweise 30.000 bis 60.000 Menschen aus El Salvador wären von dieser Entscheidung negativ betroffen.⁷ Im Januar 2018 stoppte ein Gericht jedoch die von Trump angeordnete Aussetzung des Programms. Wie es mit DACA weitergeht, bleibt somit abzuwarten.⁸

Das *Central American Minors Program* (CAM), das ebenfalls von der Regierung des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama (2009-2017) eingeführt wurde und dem Schutz von durch Gewalt bedrohten Jugendlichen aus Zentralamerika dienen sollte, wurde hingegen im November ersatzlos gestrichen.⁹

Dramatischere Folgen für El Salvador hätte jedoch die Beendigung des TPS. Der *Temporary Protected Status* (Status als vorläufig Geschützter) ist ein Programm der US-Regierung für Flüchtlinge. Dieser Status schützt Menschen vor Abschiebung, die aus klar definierten Gründen nicht zurückkehren können. Das können laufende bewaffnete Konflikte, Umweltkatastrophen oder die Tatsache sein, dass das Herkunftsland nicht in der Lage ist, sich angemessen um die Rückkehrer*innen zu kümmern.

7 <https://amerika21.de/2017/09/185174/usa-migration-aufenthaltsstatus>

8 <https://amerika21.de/2018/01/193194/usa-migration-dreamers-el-salvador-nica>

9 <https://amerika21.de/2017/11/189452/usa-zentralamerika-usa-migration-cam>

Für Menschen aus El Salvador wurde TPS im Jahre 2001 das erste Mal nach einem verheerenden Erdbeben eingeführt und danach immer wieder verlängert. Durch dieses Programm haben sich mittlerweile rund 200.000 Menschen aus El Salvador in den USA eine neue Existenz aufbauen können. Sollte dieses Programm nun auslaufen, hätte das nicht nur verheerende Folgen für die unmittelbar von Abschiebung betroffenen Menschen und Familien. Auch für die Gesellschaft El Salvadors wäre die Rückkehr von 200.000 Migrant*innen aus den USA in das kleine, dicht bevölkerte Land eine Katastrophe.

So fehlen in dem wirtschaftlich schwachen Land schon jetzt Arbeitsplätze, mit denen die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Zudem würde das Wegfallen der Geldüberweisungen, die die Migrant*innen aus den USA an ihre Familien schicken, die Situation im Land zusätzlich verschlechtern. Die sogenannten *Remesas* machen rund 17% der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes aus!

Nachdem der TPS bereits im November für Nicaragua nicht verlängert wurde, hoffte die Regierung El Salvadors bis zum Schluss, dass Trump die Salvadorianer*innen von dieser Maßnahme verschonen würde. Im Januar 2018 wurde diese Hoffnung jedoch zerschlagen. Die betroffenen Migrant*innen aus El Salvador sind aufgefordert, bis 2019 die USA zu verlassen oder - sofern möglich - , ihren legalen Aufenthaltsstatus auf andere Weise zu regeln.¹⁰

Bruch innerhalb der FMLN

Bezogen auf die Parteienpolitik in El Salvador warfen die kommenden Wahlen bereits ihre Schatten voraus. Im März 2018 finden die Wahlen für das Parlament sowie für die Bürgermeister der Landkreise statt. 2019 sind dann wieder Präsidentschaftswahlen. Traditionell stehen sich die beiden größten Parteien - die rechte ARENA und die linke FMLN - ideologisch gegensätzlich gegenüber. Allerdings könnte dieses Mal alles anders aussehen. Grund dafür ist ein seit Jahren schwelender innerparteilicher Konflikt innerhalb der FMLN zwischen dem Bürgermeister von San Salvador, Nayib Bukele, und dem traditionellen Flügel der Partei. Bukele stammt aus einer wohlhabenden Familie und ist seit 2012 hauptberuflich für die Partei aktiv: zunächst als Bürgermeister von



Gehen jetzt getrennte Wege: El Salvadors Präsident Sánchez Cerén (FMLN) und Nayib Bukele (Bürgermeister von San Salvador)

Nuevo Cuscatlán und dann ab Mai 2015 als Bürgermeister der Hauptstadt.¹¹

Die Anhänger von Bukele schätzen ihn wegen seines unkonventionellen und jugendlich wirkenden Politikstils. Zugeschrieben wird ihm ein neuer Arbeitsstil innerhalb der Institutionen sowie eine verbesserte Bürger*innenbeteiligung. Bukele selbst rühmt sich mit Projekten wie *San Salvador 100 Prozent beleuchtet* und der Wiederbelebung des Zentrums von San Salvador sowie für seine Erfolge bei dem 70 prozentigen Rückgang der Morde im Zentrum der Hauptstadt.¹²

Innerparteilich stellte sich Bukele jedoch aufgrund seiner beißenden Kritik an der FMLN und deren Führung immer wieder als sehr unbequemes Mitglied dar. Zudem weckten seine Ambitionen auf eine Präsidentschaftskandidatur Misstrauen im traditionellen Flügel der Partei. Im September eskalierten die seit langem anhaltenden Spannungen. Nachdem in einer Versammlung die Mitglieder der eigenen Partei gegen die Pläne des Bürgermeisters gestimmt hatten, beschimpfte er die Parteikollegin Xochilt Marchelli mit den Worten: „Nimm diesen Apfel mit nach Hause, du Hexe“. Für die Parteiführung war das der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Nach einer innerparteilichen De-

¹¹https://elfaro.net/es/201710/el_salvador/21010/FMLN-expulsa-a-Nayib-Bukele-y-este-se-declara-

¹²<http://ultimahora.sv/gestion-de-alcalde-nayib-bukele-se-destaca-en-espana/>

batte wurde am 10. Oktober 2017 der Ausschluss Bukeles aus der Partei bekannt gegeben. Begründet wurde dieser Schritt mit „Handlungen, welche interne Spaltungen provoziert haben“, „fortgesetzten personenzentrierten Verhaltensweisen“, „diffamierendem und beleidigendem Verhalten gegen das Ansehen und die Ehre eines Mitgliedes“ sowie mit Verstößen gegenüber den Statuten und Prinzipien der Partei.

Ausblick auf die Wahlen 2018

Welche Auswirkungen dieser Bruch auf die kommenden Wahlen haben wird, bleibt abzuwarten. Bukele selbst hat bislang keine eigene Partei, um bei den Parlamentswahlen 2018 anzutreten. Allerdings gehen Beobachter fest von einer Präsidentschaftskandidatur 2019 aus. Gleichzeitig hat auch die rechte Partei ARENA mit Johnny Wright einen Dissidenten zu verzeichnen. Dieser strebt an, als unabhängiger Kandidat im März 2018 ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Der Bruch mit den etablierten politischen Parteien steht symptomatisch für die Krise des politischen Systems in El Salvador. Laut Umfragen des IUDOP (Meinungsforschungsinstitut der Zentralamerikanischen Universität der Jesuiten, UCA) haben derzeit rund 55 Prozent der Bevölkerung keinerlei Vertrauen in die politischen Parteien. Wenn heute Präsidentschaftswahlen wären, könnte der mittlerweile unabhängige Nayib Bukele hingegen mit rund 60% Unterstützung rechnen. Für die Parlaments- und Gemeindewahlen 2018 sieht das IUDOP ARENA derzeit bei 26,6%, die FMLN bei 22,4%, GANA 7% und PCN bei 4,3%.¹³

Die Frage, welche Richtung El Salvador in Zukunft einschlagen wird bleibt also weiterhin spannend. Nach wie vor kämpfen die widerstreitenden Interessen und Mächte des Landes in den verschiedenen Feldern der Gesellschaft um Einfluss. Ein klarer Gewinner dieses Prozesses ist dabei bislang noch nicht auszumachen. Das Öku-Büro wird diese und andere Entwicklungen weiterhin im Auge behalten.

¹³<https://www.revistagatoencerrado.com/el-oscuro-panorama-para-partidos-politicos-en-proximas-elecciones/>

Aktivitäten zu El Salvador

6. März: Solidaritätsbrief zum Verbot des metallischen Bergbaus

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation MOVIAC (Bewegung der Opfer und Betroffenen des Klimawandels sowie der Unternehmen) formulierten wir ein Solidaritätsschreiben, das an die Abgeordneten des Salvadorischen Parlaments gerichtet war. In diesem unterstützen wir die Forderungen der sozialen Bewegungen nach einem allgemeinen Bergbaugesetz, welches ein Verbot sämtlicher Aktivitäten rund um den metallischen Bergbau einschließt. Unterschrieben wurde dieses von 16 Organisationen und Einzelpersonen der El Salvador-Solidarität aus Deutschland. Das Schreiben wurde dann auf einer Parlamentsitzung am 29. März durch den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses vorgelesen.

19. März, Ligsalz8: El Salvador - Der anhaltende Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden, mit David Morales (CRISTOSAL – El Salvador)

In seinem Vortrag ging der Anwalt und ehemalige Menschenrechtsombudsmann El Salvadors, David Morales, auf das Problem der Straffreiheit in El Salvador ein. Dabei beleuchtete er, wie nicht aufgeklärte Fälle schwerster Menschenrechtsverletzungen zu Zeiten des Bürgerkrieges die Entwicklung von Demokratie und eines gerechten Friedens bis heute behindern. Er zeigte auch, wie die nach dem Krieg eingeschlagene neoliberale Wirtschaftspolitik zu einer Verarmung der Bevölkerung geführt und gleichzeitig aufgrund fehlender Staatseinnahmen die Handlungsfähigkeit der Regierung extrem eingeschränkt hat. So hat die Regierung heute im Bereich der inneren Sicherheit kein Geld für Präventions- oder Reintegrationsprogramme und setzt deshalb gegen die Gewalt der Jugendbanden fast ausschließlich auf Repression. Das führe auch aus Sicht der Menschenrechte zu gravierenden Problemen. Außerdem führe die politische Polarisierung sowie das Fortbestehen traditioneller Machtverhältnisse dazu, dass die Situation der Menschen im Land zunehmend problematisch werde.

Die anschließende Diskussion drehte sich auch um die Frage, welche Rolle die Freihandelsverträge der USA und der EU in der derzeitigen neoliberalen Wirtschaftspolitik spielen. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde ein Brunch mit Spezialitäten aus El Salvador serviert.

21. Juli: Michaeli-Gymnasium München, Projekttag: El Salvador - Jugendliche im Kontext der Gewalt

Am 21. Juli führten wir beim Michaeli-Gymnasium in München einen Projekttag mit einer 11. Klasse durch. Thema war „El Salvador: Jugendliche im Kontext der Gewalt“. Dabei erarbeiteten wir gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern mit Methoden des Globalen Lernens zunächst ein Länderportrait zu El Salvador. Ein vom Team des Öku-Büros gestalteter Lernparcours ermöglichte es den Schüler*innen, sich über die Besonderheiten der Lebensphase Jugend bewusst zu werden. Durch Videosequenzen, Internetrecherche und Reflexionsrunden gelang es dann, die Gruppe für die Folgen der Auswirkung von Gewalt auf Gemeinden zu sensibilisieren. Der Projekttag wurde von zwei Referent*innen des Öku-Büros auf Spanisch durchgeführt.

1. bis 31. August: Solidaritätsreise nach Nicaragua und El Salvador

Wie alle zwei Jahre fand auch 2017 wieder eine Solidaritätsreise nach Mittelamerika statt. Dabei bereiteten wir die Teilnehmer*innen mit drei Vorbereitungstreffen auf die Situation und Aufgaben in Nicaragua und El Salvador vor. Einen ausführlichen Bericht zu diesem Projekt findet sich in einem separaten Kapitel des Jahresberichtes.

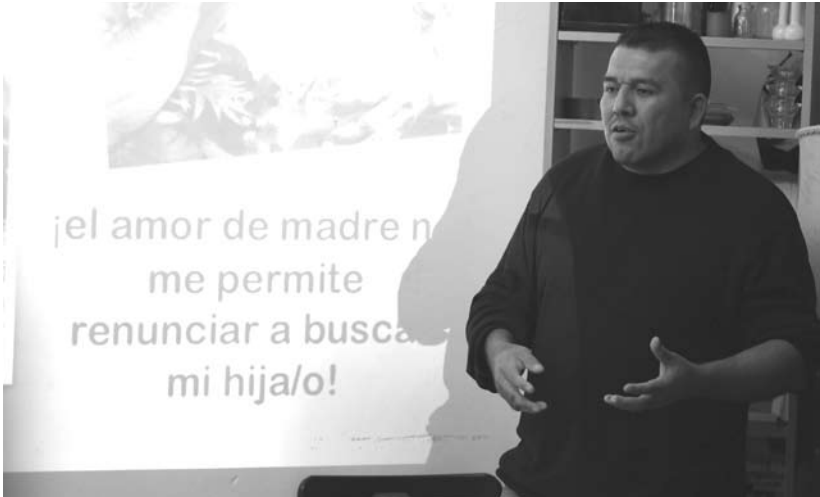
4. bis 21. November: „Ninguna vida es ilegal“ - Rundreise zum Thema Migration



Angela Sanbrano kämpft für die Rechte von Migrant*innen in den Vereinigten Staaten

Unter dem Motto „Ninguna vida es ilegal – kein Mensch ist illegal“ referierten und diskutierten Angela Sanbrano (Los Angeles, USA) und Luis López (El Salvador) vom 4. bis zum 21. November in zwölf Städten über verschiedene Aspekte der Migration aus Zentralamerika nach Norden. Schwerpunkte der Abend- und Schulveranstaltungen in Augsburg, Bonn, Hamburg, Jena, Kassel, Kiel, Köln, Konstanz, Leipzig, München und Stuttgart waren die Politik der Trump-Administration und die Suche nach auf ihrem Weg nach Norden verschwundenen Familienangehörigen. Ein Wochenendseminar (Bundestreffen der El Salvador Solidarität), das wir gemeinsam mit der Infostelle El Salvador, dem INKOTA-netzwerk, Berlin, der Kaffee-Kampagne El Salvador und dem Zentralamerika-Sekretariat, Zürich ausrichteten, vertiefte die Thematik. Erfreulicherweise diskutierte eine Gruppe von Schüler*innen aktiv mit und mahnte einen Generationswechsel und mehr Partizipation junger Menschen an.

Die Psychologin und Juristin Angela Sanbrano, die in Ciudad Juárez (Mexiko) geboren und im benachbarten El Paso (Texas) aufgewachsen ist, beeindruckte durch ihre kluge historische Einordnung der aktuellen Politik und durch ihre langjährige Erfahrung als Aktivistin. Sie hatte 2006 den „immigrant rights march“, der über eine Million Menschen auf die Straßen von Los Angeles brachte,



Luis López berichtet von der schwierigen Suche nach vermissten Familienangehörigen

mitorganisiert und vermittelte Zuversicht, dass die heutige, derzeit noch etwas schwächere Bewegung an Momentum gewinnen könnte. Angela setzte auf die zunehmende Mobilisierung von Frauen und die jugendlichen „Dreamers“ aus Zentralamerika, denen Massenabschiebungen drohen. Wichtiges Element des Austauschs waren Einschätzungen zu historischen und aktuellen ultrarechten und faschistischen Bewegungen. Dazu gehörte auch ein Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Luis Alberto López Martínez, Gründungs- und Leitungsmitglied des „Komitees der Familienangehörigen von verstorbenen und verschwundenen Migrant*innen aus El Salvador“ (COFAMIDE) hatte die schwierige Aufgabe über den Umgang mit extrem viel Leid und Tod zu berichten. Durch Luis' Erzählung und die mitgebrachten Bilder rückte den Zuhörenden und Zusehenden das Ausmaß der Problematik und die Bedeutung der Suche nach Angehörigen oder ihren sterblichen Überresten ganz nahe. Dabei ließ sich das europäische Pendant, das Sterben von Migrant*innen im Mittelmeer, nicht ausblenden und der Vergleich zwischen den Kontinenten aus der Sicht eines Betroffenen warf ein scharfes Schlaglicht auf die eigene Verantwortung. Unsere beiden Gäste setzten zum Ende unserer Reise ein schönes Zeichen der wechselseitigen Solidarität indem sie trotz Kälte und Erschöpfung an der Demonstration zum Müncher Transgender Day of Remembrance (siehe Aktivitäten zu Honduras) teilnahmen.

NINGUNA VIDA ES ILEGAL KEIN MENSCH IST ILLEGAL

Sonntag 5.11.2017 München



DESPLAZAMIENTO
FLUCHT Vortrag und Diskussion mit:
Angela Sanbrano - Juristin, Psychologin
und Aktivistin für die Rechte von Migrant*innen aus
Los Angeles (USA) und Luis López - Sekretär
für die Suche beim „Komitee der Familienangehörigen
von verstorbenen und verschwundenen
Migrant*innen“ (El Salvador)

Ort: ligsalz8
Ligsalzstraße 8,
80339, München
TRAM 18/19 SCHRENKSTRASSE

ab 17 Uhr Coffee-Time mit
salvadorianischer Speisenverkostung

ab 18 Uhr Vortrag & Diskussion

Eintritt frei | Spanisch mit
deutscher Übersetzung



www.oeu-buero.de



In Kooperation mit:
kinderaufderflucht.de



Gefördert durch ENGAGEMENT
GLOBAL, mit finanzieller
Unterstützung des





Augusto César Sandino, Nicaraguanischer Freiheitskämpfer
(* 18. Mai 1895 - † 21. Februar 1934 in Managua)

Länderbericht

Die nicaraguanische Regierung unter Daniel Ortega wird mit dem vergangenen Jahr zufrieden gewesen sein. Es brachte der Partei FSLN einen hohen Sieg bei den Gemeindewahlen. Die Bevölkerung ist zum großen Teil zufrieden, vor allem mit der wirtschaftlichen Situation. Aber gerade in der Wirtschaft drohen Gefahren von außen. Der wichtigste Partner Venezuela kämpft mit enormen Problemen und die USA drohen mit Sanktionen. Dazu verdichten sich die Anzeichen, dass der Traum vom interozeanischen Kanal sich als Schimäre entpuppen könnte.

Gemeindewahlen



Rosario Murillo täglich in den Regierungsmedien

Am 10. Januar 2017 hat Daniel Ortega seine vierte Amtszeit angetreten. Neu war, dass bei der Amtseinführung seine Ehefrau Rosario Murillo erstmals als Vizepräsidentin neben ihm auf der Tribüne stand. Ihre politische Bedeutung ist überhaupt nicht zu überschätzen. Angesichts ihrer Allgegenwart im täglichen politischen Geschehen fielen die Neubesetzungen in einigen Ministerien kaum auf.

Im Zentrum der Regierungspolitik des Jahres standen die Gemeindewahlen im November. Ein Interesse in der Bevölkerung kam dafür kaum auf, denn das Ergebnis stand schon vorher fest: mit einer dominierenden FSLN, einer marginalisierten und unfähigen Opposition und einem der Regierung gehorchenden Wahlrat. Dies spiegelte sich im offiziellen Wahlergebnis mit fast 50 % Wahlenthaltung. Die FSLN gewann haushoch. Von den 153 Gemeinden gewann sie 135 und damit acht mehr als bei der letzten Wahl. Den Rest teilten sich die drei liberalen Oppositionsparteien: die PLC des korrupten Expräsidenten Arnoldo Aleman siegte in elf Gemeinden, die neu gegründete Partei *Ciudadanos por la Libertad* (CxL) in sechs und die unbedeutende ALN in einer. Etwas Spannung kam nur bei der Frage der Wahlbeobachtung auf. Der Wahlprozess wird in Nicaragua vom Obersten Wahlrat (CSE) und seinen Unterorganisationen kontrolliert. Und den CSE kontrolliert und

korrumpiert die Regierung. Daher fordert die Opposition seit Jahren regelmäßig unabhängige nationale und internationale Wahlbeobachtung, was die Regierung genauso regelmäßig ablehnt. Diesmal aber wurde die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zugelassen. Diese „Wahlbegleitung“ wurde aber nur für den Wahltag selbst gestattet. Aber auch das hatte schon positive Auswirkungen. Zum Beispiel veröffentlichte der CSE diesmal ausführliche Ergebnisse hinunter bis auf die Ebene der Wahllokale. Nach der Wahl bescheinigte die OAS dem Wahlprozess „Fortschritte und Schwächen“, die aber nicht das Ergebnis in Frage stellen würden. Außerdem empfahl sie „eine umfassende Reform des gesamten Wahlsystems“¹. Dass die FSLN jedoch bei Wahlen auch dann klar gewinnen würde, wenn die Opposition fairer behandelt würde, dafür gibt es noch weitere Indizien.

Wie sieht die Bevölkerung ihr Land und ihre Regierung?

Jedes Jahr führt das chilenische Institut „Latinobarómetro“ eine Meinungsumfrage in 18 Ländern Lateinamerikas durch. Die Ergebnisse für Nicaragua waren im Jahr 2017 bemerkenswert²: Die Nicaraguaner*innen sind mit ihrer Regierung und der Entwicklung ihres Landes offensichtlich sehr zufrieden, und dies zu einem Zeitpunkt, da auf dem lateinamerikanischen Subkontinent diese Zufriedenheit dramatisch abnimmt. In Nicaragua beträgt die Zustimmung zur Regierung 69 % und das Vertrauen in sie 42 %, das sind die höchsten Werte unter den befragten Ländern. Außerdem ist Nicaragua das einzige Land, in dem eine Mehrheit von 58 % Fortschritte im Land sieht. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie rangiert Nicaragua mit 52 % an zweiter Stelle nach Uruguay (57 %). Damit ist Nicaragua das einzige Land, in dem dieser Wert gegenüber 2015 gestiegen ist und zwar um 4 %. Dem gegenüber ist der Durchschnittswert aller Länder um dramatische 7% gefallen. Die Regierung Ortega/Murillo hat demnach im Augenblick einen sehr soliden Stand bei der Bevölkerung.

Den nicaraguanischen Oppositionsparteien, die immer wieder behaupten, Ortega würde gerade wieder eine Diktatur installieren, die sie mit der Somozazeit vergleichen, wird die Umfrage weniger gefallen. Die

1 Misión OEA en Nicaragua recomienda una reforma electoral integral http://www.oas.org/es/centro_noticias/comunicado_prensa.asp?sCodigo=C-079/17

2 Latinobarómetro Informe 2017 <http://www.latinobarometro.org/LATDocs/F00006433-InfLatinobarometro2017.pdf>

Zufriedenheit der Befragten mit der Demokratie und der Entwicklung des Landes ist sicherlich beeinflusst von der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes.

Eine stabile Wirtschaft - aber mit einer ungewissen Zukunft

Auch für das Jahr 2017 sind ähnlich gute globale Wirtschaftsdaten wie in den vergangenen Jahren mit 4,5 bis 5 % Wachstum zu erwarten. Dass diese Werte nur durch Naturzerstörung und die Ausbeutung der billigen nicaraguanischen Arbeitskraft erreicht werden können soll hier jetzt nicht diskutiert werden. Dies ist aber ein wichtiges Thema in der Zusammenarbeit des Ökumenischen Büros mit nicaraguanischen Organisationen. (Siehe weiter unten zur Veranstaltung: Wasser ist wertvoller als Gold). Auf jeden Fall ist die Bevölkerung mehrheitlich damit einverstanden. Dies vor allem, weil die Regierung nicht nur die Unternehmerschaft mit Steuerbefreiungen beglückte, sondern bisher auch dem ärmeren Teil der Gesellschaft mit großzügigen Sozialprogrammen unter die Arme griff. Bisher. Denn gerade hier zeigen sich Probleme, die in Zukunft wachsen werden. Dies hängt mit der katastrophalen Lage des wichtigen Wirtschaftspartners Venezuela zusammen.

Noch vor vier Jahren wurden wichtige Sozialprogramme in Nicaragua mit günstigen Krediten des Erdölabkommens PETROCARIBE finanziert. 559 Millionen US-\$ betrug die Höhe der Kredite im Jahr 2013,



Plan Techo

inzwischen ist der Betrag auf ein Zehntel geschrumpft³. Diese Entwicklung fing bereits 2015 an, hatte aber zuerst für die von den Programmen Begünstigten keine Folgen, da die Finanzierung mit Steuermitteln fortgesetzt werden konnte. 2017 ging dies nicht mehr. Seit diesem Jahr sind zwei wichtige Programme nicht mehr kostenlos: Inzwischen müssen die von dem Programm *Plan Techo* Begünstigten für die Zinkblechtafeln zum Dachbau bezahlen. Und auf dem Land müssen Bäuerinnen jetzt einen Kredit aufnehmen, um an dem Programm *Hambre Cero* (Null Hunger) teilzunehmen.⁴

Außerdem macht sich inzwischen bemerkbar, dass es sich bei dem Erdölabkommen mit Venezuela um eine für Nicaragua sehr günstige Finanzierung handelt, aber es sind trotzdem Kredite sind und Kredite müssen irgendwann zurückgezahlt werden. Laut der Zeitschrift *envio* wurden im vergangenen Jahr 214 Millionen US-\$ Tilgung und Zinsen fällig. Mit dieser Größenordnung muss auch in Zukunft gerechnet werden, denn die Schulden, die Nicaragua bei Venezuela hat, werden auf 3 Milliarden US-\$ geschätzt. Also kurz gesagt, die Zukunft wird mit Sicherheit schwieriger werden. Zusätzlich braut sich unter dem Namen „Nica Act“ etwas in den Vereinigten Staaten zusammen, dessen wirtschaftliche Folgen gravierend sein können. Am 3. Oktober 2017 verabschiedete das Repräsentantenhaus einstimmig die Gesetzesinitiative *Nicaraguan Investment Conditionality Act* (NICA) of 2017 (Nica Act). Es fordert die Regierung der USA zu Sanktionen gegen Nicaragua auf. Die Regierung soll in internationalen Finanzinstitutionen ihren Einfluss geltend machen, um Kreditvergaben an Nicaragua zu verhindern. Inzwischen ist die Initiative in den Senat eingebracht worden, in dem das Gesetz wahrscheinlich in der ersten Hälfte 2018 beschlossen werden wird. Begründet wird die Gesetzesinitiative mit der mangelnden Demokratie, der Unterdrückung der Opposition und der herrschenden Korruption in Nicaragua. Auch wenn man diese Begründung teilweise nachvollziehen kann, da sie tatsächliche Defizite aufzeigt, ist die Richterrolle, die sich die USA hier anmaßen, schon mehr als problematisch. Auf jeden Fall machen sich viele Menschen in Nicaragua Sorgen wegen der möglichen Folgen. Darunter sind auch Menschen, die der Regierung kritisch gegen-

3 Die nicaraguanische Zentralbank hat für 2017 bisher nur den Wert für das erste Halbjahr veröffentlicht, er betrug 21,1 Millionen US-\$ http://www.bcn.gob.ni/publicaciones/periodicidad/semestral/cooperacion/ICOE_1.pdf

4 Der Kredit bewegt sich zwischen 330 und 2.000 US-\$ bei einem Zins von 5 % <http://www.envio.org.ni/articulo/5363>

über stehen. Der Wirtschaftsexperte Nestor Avendaño⁵, der die betroffenen Kredite mit jährlich 340 Millionen US-\$ angibt, weist auf massive soziale Auswirkungen hin. Die betroffenen Kredite kommen von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank; es sind Kredite, die vorwiegend für Projekte zur Entwicklung im ländlichen Bereich und zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Leidtragend wird also die arme Landbevölkerung sein. Außerdem befürchtet Avendaño große indirekte Folgen dadurch, dass die ausländischen Direktinvestitionen sinken werden. Es könnten also schwere Zeiten bevorstehen. Und wenn sich wirtschaftliche Probleme andeuten, verweist die Regierung Ortega gerne auf die glückliche Zukunft, in die das Land mit dem interozeanischen Kanal steuern wird.

Aber: Wird der Kanal jemals gebaut werden?

Neben den befürchteten ökologischen Folgen des Kanalprojektes und der Kritik an der Art und Weise, wie es durchgesetzt wird, rückt immer mehr die Frage in den Mittelpunkt: Wird der Kanal überhaupt jemals gebaut werden?

2017 ist wieder ein Jahr vergangen, für das der Baubeginn des Kanals angekündigt worden war. Und wieder ist nichts geschehen. Von einem Kanal ist immer noch nichts zu sehen. Die letzten relevanten Lebenszeichen des chinesischen Unternehmens HKND, die den Kanal bauen will, stammen aus der Mitte des Jahres 2016, als archäologische Funde von Geländeuntersuchungen vorgestellt wurden. Seitdem war von HKND praktisch nichts zu sehen und nichts zu hören. Auf der Webseite des Unternehmens erschienen 2017 nur einige wenige Nachrichten darüber, wie HKND sich seiner sozialen Verantwortung als Unternehmen stellt und als Sponsor bei ökologischen und kulturellen Veranstaltungen auftritt⁶. Von Untersuchungen, Planungen und Terminen steht dort nichts.

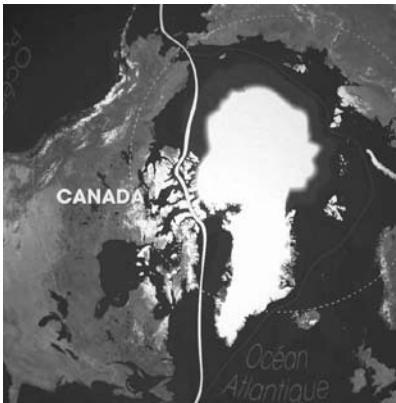
Auch von Seiten der Regierung war im vergangenen Jahr lange Zeit nichts zu hören. Noch nicht einmal in seinen Reden zum Amtsantritt im Januar und am 19. Juli bei der Feier der sandinistischen Revolution erwähnte Präsident Ortega den Kanal. Am 5. September veröffentlichte dann überraschend die nicaraguanische Regierung ein Weißbuch

5 Verschiedene Beiträge unter <https://nestoravendano.wordpress.com/>

6 HKND Group, Noticias de la empresa <http://hknd-group.com/portal.php?mod=list&catid=27>

zum „großen interozeanischen Kanal“⁷. Das Weißbuch enthält aber fast nichts, was nicht schon bekannt wäre. Ausführlich wird auf den 78 Seiten wieder einmal dargelegt, dass das Projekt große Vorteile, vor allem viele neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung bringen wird. Ansonsten setzt sich das Dokument intensiv mit der Kritik an dem Projekt auseinander. Ökologische Gefahren werden verneint und es wird versucht, den sozialen und juristischen Befürchtungen zu begegnen. Man erfährt, „dass die Regierung alle Probleme im Griff hat“, aber darüber, wie und wann es weiter gehen soll, darüber erfährt man nichts.

Zweifel an der Realisierung des Projektes nährt vor allem die Tatsache, dass noch immer niemand namentlich bekannt ist, der sich an der Finanzierung des Kanalprojekts beteiligen will. Das soll bekanntlich mindestens 50 Milliarden US-\$ kosten werden. Und die Vermutungen, dass die chinesische Regierung hinter dem Projekt stehen und sich irgendwann schon outen würde, haben durch zwei Nachrichten an Wahrscheinlichkeit eingeübt: Im Juni 2017 hat Panama diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen, nachdem es zuvor die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hat. Die beiden Länder wollen ihre wirtschaftlichen Beziehungen intensivieren, in deren Mittelpunkt der Panamakanal steht. China will also seine Rolle als Hauptnutzer des Panamakanals intensivieren. Wozu braucht es dann die Konkurrenz des Nicaraguakanals?



„Polare Seidenstraße“

Und ein halbes Jahr später, im Januar 2018, gab die chinesische Regierung bekannt, dass sie eine „Polare Seidenstraße“⁸ in der Arktis bauen will. Damit setzt China offensichtlich auf die Nordwest-Passage als zukünftige Handelsroute zwischen Ostasien und der amerikanischen Westküste und positioniert sich auch damit gegen die 3000 km längere Route durch den Nicaragua-Kanal.

7 LIBRO BLANCO SOBRE EL PROYECTO DEL GRAN CANAL INTEROCEÁNICO DE NICARAGUA <https://www.el19digital.com/app/webroot/tinymce/source/2017/00-Septiembre/Del04a110Septiembre/Martes05Septiembre/Libro%20Blanco,%20Canal%20Interoce%C3%A1nico.pdf>

8 China will "Polare Seidenstraße" in der Arktis bauen <http://www.dw.com/de/china-will-polare-seidenstra%C3%9F-in-der-arktis-bauen/a-42319991>



Landschaft am Ostufer des Nicaraguasees, im Bereich des geplanten Kanals

Widerstand gegen den Kanal, das heißt gegen das Gesetz 840

Die Zweifel an der Realisierung des Kanalprojektes hatten bisher kaum Einfluss auf den Widerstand gegen den Kanal. Die bäuerliche Widerstandsorganisation “Consejo Nacional en Defensa de Nuestra Tierra, Lago y Soberanía” ist unermüdlich. Auch 2017 rief sie zu nationalen und lokalen Kundgebungen auf. Wie in den vergangenen Jahren wurden diese von Polizei und Sympathisant*innen der Regierung unterdrückt, behindert und teilweise sogar ganz verhindert. Dem eindrucksvollen Widerstand gelang es auch 2017 bemerkenswerte internationale Unterstützung zu finden. So hat im vergangenen Jahr Amnesty International eine Studie zu den Folgen des Kanalbauprojektes veröffentlicht. Mit der Repression, die staatliche Institutionen gegen Mitglieder der Widerstandsorganisationen ausüben, befassten sich die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) und das europäische Parlament. Hauptstoßrichtung des Widerstands ist die Forderung, das Gesetz 840 abzuschaffen. Dieses Gesetz gibt dem Kanalbauunternehmen HKND weitestreichende Rechte. So kann jedes Grundstück enteignet werden, wenn HKND dies für nötig hält. Dabei ist das Gesetz ‚voraussetzungslos‘ formuliert: HKND kann auch dann Enteignungen fordern, wenn es keinen Kanal baut. Dies erklärt die Unermüdlichkeit des Widerstands,

der sich auch nicht davon entmutigen ließ, dass der Oberste Gerichtshof Nicaraguas im vergangenen Jahr Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz 840 ablehnte.

Sergio Ramírez erhält den Premio Cervantes



Sergio Ramírez

Am 16. November 2017 wurde bekannt gegeben, dass Sergio Ramírez als erster Schriftsteller Zentralamerikas mit dem Premio Cervantes ausgezeichnet werden wird. Dies ist die am höchsten angesehene Literaturauszeichnung, die im spanischsprachigen Raum vergeben wird. Natürlich war das Echo in den Medien groß und natürlich war man in Nicaragua stolz. Nur die nicaraguanische Regierung hat bisher keinerlei Notiz von der Auszeichnung genommen. Aber sie hat ja noch Zeit. Die Preisübergabe erfolgt erst am 23. April 2018, dem Todestag von Miguel de Cervantes. In den 1980er Jahren war Sergio Ramírez prominent beteiligt an der sandinistischen Revolution und 1984 wurde er zum Vizepräsidenten

Nicaraguas gewählt - zusammen mit Daniel Ortega, der damals erstmals zum Präsidenten gewählt wurde. Inzwischen hat Ramírez sich aber zum vehementen Kritiker von Daniel Ortega gewandelt.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Nicaragua

Wasser ist wertvoller als Gold - Bergbau in Nicaragua und El Salvador, Veranstaltung in München, 18.10.2017

Heizel Tórrez von der Organisation Centro Humboldt aus Nicaragua berichtete vor allem von dem Konflikt in der Mina La India. Sieben lokale Umweltaktivist*innen, die sich gegen die Verunreinigung von Gewässern durch den Abbau einer Goldmine im offenen Tagebau gestellt



Goldmine Tajo Jabalí Central, Santo Domingo Chontales, Nicaragua

hatten, waren von dem britischen Unternehmen Condor Gold vor Gericht gezerrt worden. Heizel Tórrez skizzierte aber auch eindrucksvoll den allgemeinen Hintergrund des Goldabbaus im Land. Gold ist, in Nicaragua nach dem Kaffee das zweitwichtigste Exportprodukt. Mit dem Abbau sind unvermeidlich Umweltschäden verbunden, erzeugt werden aber nur 5.000 formelle Arbeitsplätze. Aber dennoch wird dieser Produktionszweig im Augenblick noch ausgeweitet.

Im Juni 2017 wurde in Nicaragua erstmals eine staatliche Bergbaugesellschaft, ENIMINAS, gegründet. Als staatliches Unternehmen, kann sie (und wird sie wohl auch) in Gebieten schürfen, die nur dem Staat vorbehalten sind. Dazu gehören auch Gebiete, die in den letzten Naturschutzgebieten des Landes liegen, z.B. in Bosawas.

Im August 2017 hat die Regierung das Dekret 15-2017¹ zum Umweltschutz erlassen, das den Umweltschutz mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang bringen soll. Konkret wurde damit aber ein strengeres Dekret außer Kraft gesetzt, das die Investoren verpflichtet hatte, jeweils mittels einer Studie die Umweltverträglichkeit vor dem Eingriff in die Natur nachzuweisen. Jetzt müssen Unternehmen sich nur noch die Erlaubnis des Umweltministeriums MARENA einholen. Und MARENA muss innerhalb von 45 Tagen entscheiden.

¹ <http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/util/pdf.php?type=rdd&rdd=cZDNwOtpPjU%3D>

Gegenüber diesen Nachrichten aus Nicaragua war die Schilderung von Pedro Cabezas von CRIPDES aus El Salvador ein Riesenkontrast.



Referent*innen Heizel Tórrrez (rechts) und Pedro Cabezas, Verena Bax (CIR)

Dieser zeichnete in seinem Vortrag zunächst historisch nach, wie sich seit den 90er Jahren im Zuge der Einführung des Neoliberalismus auch das „extraktivistische Wirtschaftsmodell“ etablierte und bis heute aktuell ist. Bei diesem ist der Fokus der Wirtschaft darauf ausgelegt, Primärprodukte aus den Bereichen Energie, Biomasse und Bodenschätze für den Export herzustellen. Cabezas machte die Probleme des metallischen Bergbaus deutlich: dieser bedeutet immer eine immense Umweltzerstörung und Freisetzung von Giften. Die zu erwartenden bzw. bereits erfahrenen Umweltschäden werden durch die Einnahmen aus den Abbauaktivitäten nicht ausgeglichen. Bei Konflikten um eine geplante Goldmine im Departement Cabañans wurden mehrere Aktivisten gegen den Goldabbau ermordet, die Schuldigen sind bis heute nicht gefasst.

In der Folge hat sich jedoch in El Salvador eine breite Bewegung herausgebildet, der es gelungen ist, ein Verbot des metallischen Bergbaus durchzusetzen. Näheres dazu findet sich im Länderbericht El Salvador.

Solidaritätsreise

Wie alle zwei Jahre fand im August 2017 wieder eine vierwöchige Solidaritätsreise nach Mittelamerika statt. Diese erfolgte auch in diesem Jahr in Kooperation mit dem Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal. Während in den vergangenen Jahren allein Nicaragua auf dem Programm gestanden hatte, reiste dieses Jahr die sechsköpfige Gruppe auch zehn Tage nach El Salvador. War bisher meist ein konkretes Bauprojekt realisiert worden, so standen 2017 Bildungsfragen und Fragen zur Lebenssituation der Bevölkerung im Vordergrund.

Die Reisegruppe traf sich am 1. August im Hostal Dulce Sueños in Managua. In der Hauptstadt wollten wir zunächst ein genaueres Bild über den Stand des geplanten Nicaraguakanals sowie dessen zu erwartende Auswirkungen auf Menschen und Umwelt gewinnen. Dazu trafen wir uns mit der Anwältin und Aktivistin Mónica López der Organisation PopolNa sowie mit Vertreter*innen des *Consejo Nacional en Defensa de Nuestra Tierra, Lago y Soberanía* (Nationaler Rat zur Verteidigung unseres Landes, des Sees und der Souveränität).

Die Gefahren des geplanten Nicaraguakanals

Diese informierten uns, dass es derzeit zweifelhaft sei, ob der Nicaraguakanal überhaupt gebaut würde. Dennoch bedrohe die für den Kanal erteilte Konzession (festgeschrieben im Gesetz 840) das Leben der Menschen in der Region sowie die Souveränität des Landes. Denn auch wenn das Unternehmen HKND das Projekt nicht umsetzt, können weiterhin Häfen und Straßen gebaut oder Tourismusprojekte realisiert werden.



Widerstand gegen den Kanal: Vertreter*innen des Nationalen Rates zur Verteidigung unseres Landes, des Sees und der Souveränität

Besonders gefährlich sei, dass im Gesetz 840 die Landenteignung für solche Projekte ungemein erleichtert worden ist; dies versetzt die Menschen permanent in Sorge, im Interesse (ausländischer) Investoren vertrieben zu werden.

Beim Besuch von San Carlos im Süden des Landes trafen wir Saúl Obregón von unserer Partnerorganisation *Fundación del Río*. Mit ihm sprachen wir über die abschbaren sozialen und ökologischen Folgen für die Region, sollte der Kanal tatsächlich gebaut werden. Auf der Insel Maraconcito (Nachbarinsel von Solentiname) konnten wir das Leben der Menschen dort kennenlernen. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt meist durch Subsistenzwirtschaft an den steilen Berghängen der Insel und durch Fischerei. Kleine Extracinnahmen werden durch das Anfertigen von kunsthandwerklichen Gegenständen in Familienarbeit erwirtschaftet. Die abgelegene Lage auf der kleinen Insel gestaltet die Vermarktung dieser Produkte mitunter jedoch etwas schwierig.

Besuch bei MCN-Radio

Danach ging es weiter zu unserer Partnerorganisation, dem *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN) nach Matagalpa. Von dort fuhren wir zunächst für drei Tage nach Molino-Sur, wo die Gruppe der Solidaritätsreise vor zwei Jahren am Bau einer kommunalen Radiostation mitgewirkt hatte. Wir sahen, dass das MCN-Radio mittlerweile eine rege Dynamik entfaltet hat. Ein fester Stamm von ehrenamtlichen, Aktiven sorgt dafür, dass jeweils morgens von 7 bis 9 Uhr und nachmittags von 13 bis 19 Uhr die Bewohner*innen von Molino-Sur und den umliegenden Gemeinden Musik, Nachrichten und Beiträge zu Klima und Umweltschutz, Menschenrechten, Gendergerechtigkeit etc. hören können. Am Sonntag werden religiöse Programme gesendet, aber auch die Spiele des ortsansässigen Baseballteams live übertragen.

Die lokalen Koordinatoren Ciriaco Ortiz und Jeny Velázquez betonten die Bedeutung des Radios auch für die Organisation in und zwischen den Gemeinden untereinander. So können sich die Menschen durch Anrufe im Studio oder auch durch das Gestalten eigener Sendungen in den Betrieb des Radios einbringen. Zum Zeitpunkt unseres Aufenthaltes stand der Besuch des Bürgermeisters (der seinen Sitz in Sebaco, der nächsten kleinen Stadt hat) auf dem Programm. Über das Radio wurde dazu aufgerufen, sich auf dem zentralen Dorfplatz einzufinden, um ihm möglichst eindrucksvoll die Forderungen der Gemeinde



Besuch bei MCN-Radio. Ciriaco Ortíz (links) und Klaus Hess (rechts)

zu übergeben. Dabei ging es aktuell vor allem um die Reparatur einer Hängebrücke sowie um die seit Jahren sehnlich erwartete Asphaltierung der Zugangsstraße, die sich bei starken Regenfällen immer in eine schwer befahrbare Schlammrinne verwandelt.

Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Bei unserer nächsten Station in Esquipulas beschäftigten wir uns eine Woche intensiv mit den verschiedensten Aspekten des Klimawandels. In Seminaren sowie bei Besuchen verschiedener kleinerer Gemeinden lernten wir eine Menge darüber, wie die lokalen Bauern versuchen, sich an dieses vom Menschen verursachte Problem anzupassen. So arbeitet das MCN zum einen daran, aufgrund genauer Beobachtung des Klimas möglichst verlässliche Prognosen darüber zu erarbeiten, ob eher eine trockene bzw. feuchte Periode zu erwarten ist. Auf dieser Basis können die Kleinbauern dann solche Frucht- und Gemüsesorten anpflanzen, die am besten unter den zu erwartenden Bedingungen gedeihen können.

Zum andern wird daran gearbeitet, auf den Anbau von Monokulturen zu verzichten. Stattdessen wird durch das geschickte Kombinieren verschiedener Pflanzen versucht, die Böden im Gleichgewicht zu halten, so dass chemischer Dünger oder Pestizide überflüssig werden. Auch das Pflanzen von Bäumen und anderer schattenspendenden Pflanzen trägt zur natürlichen Erhaltung der Böden bei. Das Ziel bei diesem



Erhebung von Klimadaten in Esquipulas: Holman Loaisiga (MCN) erklärt die Funktionen einer lokalen Messtation

Agrarmodell, das sich an den Anbaumethoden der indigenen Vorfahren orientiert, ist das Erreichen von Nahrungsmittelsouveränität. Daher bauen die Kleinbauer*innen zuerst eine Vielfalt von Mais, Bohnen, Obst und Gemüse an, um von den Preisschwankungen bei Exportprodukten wie zum Beispiel Kaffee unabhängig zu sein. Zum anderen ist die Ernährung der Bauer*innen weiterhin gewährleistet, auch wenn - wie im Jahr 2015 - aufgrund von Trockenheit fast kein Mais geerntet werden kann. Die Familien können diesen dann durch andere selbst angebaute Produkte ersetzen. Ein weiterer positiver Aspekt dieser Anbaumethoden ist, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft und der Umweltschutz keinen

Gegensatz darstellen, weil es die Bauer*innen selbst sind, die im Rahmen der eigenen Landwirtschaft Wiederaufforstung betreiben.

Menschenrechtszentrum kritisiert Machtfülle des Präsidenten

Nach diesen spannenden Erfahrungen machten wir uns auf den Weg zurück in die Hauptstadt Managua. Dort führten wir ein Gespräch mit Vilma Nuñez vom Menschenrechtszentrum CENIDH. Thema war zum einen die besorgniserregend zunehmende Machtkonzentration beim Präsidenten Daniel Ortega; dieser sei laut Nuñez auf dem besten Weg, eine Art Familiendynastie zu errichten. Zum anderen ging es um die Landkonflikte zwischen Siedlern und indigenen Gruppen in der nord-östlichen Region an der Pazifikküste, sowie um mysteriöse Todesfälle im Norden des Landes im Zusammenhang mit kriminellen Gruppen.

El Salvador: Besuch in Bajo Lempa

Anschließend machte sich die Gruppe mit dem Bus auf den Weg nach El Salvador. Nach einem Tag in der Hauptstadt San Salvador war unsere nächste Station der Besuch von ACUDESBAL in der Region Bajo Lempa. Auch dort wohnten wir bei Gastfamilien. Wie Mario (José Santos Guevara Maradiaga, Direktor von ACUDESBAL) erklärte, kümmert sich seine Organisation um die Belange der Gemeinden in der Region. Deren Geschichte begann Anfang der 90er Jahre, als ehemalige Kämpfer*innen der FMLN im Rahmen der Friedensverträge Land zum Aufbau von Gemeinden zugeteilt bekamen. Ein Wandbild in den Büros der Organisation beschreibt die junge Geschichte der Gemeinden: Den Schulunterricht, der zunächst noch im Freien stattfinden musste, die Überschwemmungen nach dem Hurrikan Mitch im Jahre 1998, die Fortschritte, die bis heute erreicht wurden und die damit verbundene Lebensfreude.

Ein Ausflug in die Bucht von Jiquilisco verdeutlichte exemplarisch die Widersprüche, die heute die Realität von El Salvador ausmachen: Die Bewohner*innen berichteten, dass die Gegend bis vor kurzem noch in der Hand von zwei rivalisierenden Gangs, der MS13 sowie der Barrio18, waren. Bajo Lempa war jedoch ein Schwerpunkt der sogenannten „Außergewöhnlichen Maßnahmen“ der Regierung, mit denen die Jugendbanden und ihre Kollaborateure mit fragwürdigen Mitteln eliminiert wurden. Seither ist Ruhe in die Region eingekehrt.



Teilnahme am Internationalen Seminar über Menschenrechte und multinationale Investitionen

Die Landaufteilung in Bajo Lempa ist schwierig. Die Kleinbäuer*innen leben in einer Reihe von Dörfern. Mit ihnen setzt ACUDESBAL strategisch auf das Erreichen von Nahrungsmittelsouveränität. Das bedeutet, die Bäuer*innen produzieren, ähnlich wie wir es in Nicaragua gesehen haben, vornehmlich für den Eigenbedarf. Auch hier wird versucht, den Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngemitteln zu minimieren. Das Land der Kleinbäuer*innen wird jedoch immer wieder durch Ländereien durchschnitten, auf denen Investoren und Großgrundbesitzer in Monokultur Zuckerrohr anbauen. Diese laugt die Böden aus und beeinträchtigt die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung. Eine kürzlich erstellte Studie hat festgestellt, dass 11% der dort lebenden Menschen aufgrund der eingesetzten Pflanzengifte an Niereninsuffizienz leiden. Daneben befinden sich auf kilometerweit ausgedehnten Flächen die Viehweiden eines Großgrundbesitzers. Dieser hat auch eine Landebahn für Kleinflugzeuge angelegt. Es wird vermutet, dass die nachts startenden und landenden Maschinen für den Schmuggel von Drogen verwendet werden. Verstreut auf den ausgedehnten Flächen befinden sich die Baracken von Menschen, die selbst kein Land (mehr) haben. Sie sind darauf angewiesen, für wenig Geld die Kühe des Großgrundbesitzers zu versorgen oder auf den Zuckerrohrplantagen zu arbeiten. Aber vielleicht gibt es ja bald mehr (meist auch schlecht bezahlte) Arbeit

im Tourismussektor. Es wurden bereits Konzessionen vergeben, um die malerischen Strände mit Hotels zuzubauen. Der Bevölkerung wird dann nur noch ein kleiner Abschnitt übrig bleiben, um ans Meer zu gelangen.

Die ungleiche Landverteilung ist ein überkommenes Problem aus der Vergangenheit. Die Verdrängung der Bevölkerung durch den Anbau von Monokulturen wie Zuckerrohr, durch Investitionen im Bereich des Tourismus oder in anderen Großprojekten hat sich in den letzten Jahren verschärft und betrifft nicht nur El Salvador, sondern ganz Zentralamerika.

Seminar zu Auswirkungen von Freihandel und Investitionen

Diese Entwicklung war der Hintergrund für ein Internationales Seminar über Menschenrechte und Multinationale Investitionen, das von Organisationen aus El Salvador organisiert und vom Öku-Büro unterstützt wurde. Daran nahmen rund 50 Teilnehmer*innen unterschiedlicher Basisorganisationen aus ganz Zentralamerika teil. Ziel war, einen systematischen Überblick über die Auswirkungen der Freihandelsverträge auf die Menschen der Region zu erarbeiten sowie mögliche Alternativen zum kapitalistischen Wachstumsparadigma zu diskutieren. Auf dem Seminar konnten wir vielfältige Informationen und Eindrücke gewinnen. Sie waren Basis für Reflexionen und Diskussionen, die auch in die zukünftige Arbeit des Öku-Büros einfließen werden.

Jugendgewalt und die Repression der Sicherheitskräfte gegen Jugendgangs

Letzte Station der Reise war noch einmal die Hauptstadt San Salvador. Im Stadtteil Mexicanos trafen wir uns mit Padre Carlos San Martín vom *Servicio Social Pasionista* (SSPAS – Sozialer Passionsdienst). Dort hatten wir die Möglichkeit, über das Thema der Gewalt im Zusammenhang mit den kriminellen Jugendbanden zu sprechen. SSPAS kritisiert den sehr repressiven und gewalttätigen Ansatz der aktuellen Regierung, der immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt. Es gibt „außergerichtliche Hinrichtungen“ und auch Jugendliche, die nicht zu den Gangs gehören, leiden unter der Gewalt und den Schikanen der Ordnungskräfte.



Teilnehmer*innen der Solireise 2017: Peter Brachmann, Tamara Sophia Kaschek, Jo Göbel, Sarah Müller, Samuel Weber und Klaus Hess

Fazit

Die Solidaritätsreise 2017 hat den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, Nicaragua und El Salvador aus einer aktuellen, politischen, sozialen und kulturellen Perspektive kennenzulernen. Im Anschluss an die Reise sind einige themenspezifische Texte und Videos in Arbeit, die seit Ende 2017 nach und nach veröffentlicht werden.

Öffentlichkeitsarbeit

„En la Linea“ – Die Sendung des Öku-Büros auf Radio Lora

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Themen waren 2017 unter anderem die Siemens Hauptversammlung, die bayerischen Abschiebelager für Geflüchtete ARE, der Friedensprozess in Kolumbien, Migrant*innen in Mexiko, Spionage gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in Mexiko, aktuelle Eindrücke der Teilnehmenden unserer Solidaritätsreise nach Nicaragua. Während des Aufenthaltes unserer Gäste aus Lateinamerika führten wir Interviews durch, die wir für Radio Lora aufbereiteten und die immer wieder von anderen freien Radios übernommen werden, wie z.B. unser Gespräch mit der Journalistin Tomy Morales zum Thema Wahlen in Honduras.

Homepage

Auf unserer neu gestalteten Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen. Neu integriert haben wir 2017 zum Beispiel auch die Kampagne „Stop Corporate Impunity“.

YouTube-Kanal

Auf unserem YouTube Kanal „Oeku Buero“ veröffentlichen wir immer wieder Clips von Aktionen, Veranstaltungen oder Interviews mit unseren Referent*innen. 2017 erstellten die Teilnehmer*innen der Solireise Videos zum Thema Frauenrechte in Nicaragua, Klimawandel, Freihandel sowie zu den geplanten Modellstädten in Honduras.

Facebook

Nach grundsätzlichen Diskussionen haben wir uns trotz großer Bedenken entschieden, eine Facebook-Fanpage zu öffnen. Während des Jahres haben wir über diesen Kanal nicht nur die Information unserer

Webseite geteilt, sondern auch externe Informationen, Eilaktionen, Petitionen und Einladungen zu unseren und anderen Veranstaltungen. Wir sind froh, dass wir in kurzer Zeit über hundert follower gewonnen und über tausend Menschen erreicht haben und sehen aufgrund dieser Vorteile keine andere Möglichkeit, als diesen Kommunikationskanal so ethisch und solidarisch wie möglich weiterzunutzen.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir sie auf kommende Veranstaltungen in München und deutschlandweit aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermitteln hiesigen Medien Hintergrundinformation bzw. Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt. So veröffentlichen wir Beiträge in Zeitschriften wie den Lateinamerikanachrichten, der ILA, bei amerika21 oder geben Interviews für freie Radios.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu siehe unsere jeweiligen Länderaktivitäten.



Vortrag an der Technischen Universität München zu den „Impacts of Green Energy“ mit Gustavo Castro.

Veranstaltungsreihe „Perspektiven der Anderen“

2017 hatten wir wieder die Möglichkeit, den Münchner*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näherzubringen, wobei neben der aktivistischen, auch eine akademisch-kritische Sicht nicht fehlte. Mit internationalen Referent*innen erreichten wir an sehr unterschiedlichen Orten diverse Publika, von Schüler*innen bis hin zu Studierenden höherer Semester und Münchner*innen verschiedenster Muttersprachen und Herkünfte.

- 19.03. Vortrag und Diskussion. El Salvador: Der anhaltende Kampf für Demokratie Gerechtigkeit und Frieden mit David Morales.
- 14.06. Migrant*innen in Mexiko. Migration in Mexiko: Herausforderung und Perspektive, mit Yaatsil Guevara (Uni Bielefeld) und Hauke Lorenz aus Hamburg.
- 30.06. Gespräch zum Thema indigene Gemeinschaften in Lateinamerika mit Jackeline Romero Epiayu aus der Gemeinde Wuayú in Kolumbien und Teresita López Antazú aus der Gemeinde Yanessa in Peru.
- 06.07. Vortrag und Gespräch: Zivilcourage gegen Putsch und Mafiastadt mit Tirza Flores Lanza aus Honduras.
- 07.09. Vortrag und Diskussion zum Thema Digitale Überwachung, mit Tania Atilano (Humboldt Universität zu Berlin) und Andi (Rote Hilfe e.V.).

- 07.09. Vortrag und Diskussion. „Kein Gensoja!“, Maya-Imker*innen der mexikanischen Halbinsel Yucatán und ihrem Kampf gegen Monsanto und die eigene Regierung.
- 27.09. Vorträge und Diskussion. Wasser ist wertvoller als Gold: Bergbau in Nicaragua und El Salvador mit Pedro Cabezas und Haizel Tórrez.
- 18.10. Vortrag und Diskussion. Alternative Energien und neue Wege zu den Auswirkungen von GreenEnergy und Großprojekten, besonders in Zentralamerika, mit Gustavo Castro (Otros Mundos Chiapas).
- 09.11. Vortrag an der Technischen Universität München zu den „Impacts of Green Energy“ mit Gustavo Castro. Anschließend Diskussion mit Studierenden und Doktorand*innen der Universität.
- 10.11. Vorträge und Diskussion: Fluchtwege Honduras-Deutschland, mit den geflüchteten Transaktivistinnen Frenesys Reyes und Shirley Mendoza (Veranstaltung im Rahmen der Münchner Tage der Menschenrechte).
- 07.12. Film und Diskussion: Chocolate de Paz. Über die Friedensgemeinschaft San Jose de Apartado in Kolumbien.

Details zu einzelnen Veranstaltungen finden sich in den länderspezifischen Abschnitten dieses Jahresberichtes.

Factsheets

Neu in unserem Publikationsprogramm sind vierseitige Factsheets, die in kompakter und abwechslungsreicher Form Themen unserer Veranstaltungen und Schwerpunktthemen vertiefen. 2017 erschienen drei Factsheets: Eines zum Thema Freihandel in Mittelamerika, eines zu dem Projekt „Modellstädten“ in Honduras und Mexiko und ein weiteres zum Thema Migration.

Zusammenarbeit mit Schulen

Seit vielen Jahren bieten wir im Rahmen unserer Rundreisen mit Referent*innen aus Zentralamerika interessierten Schulen Doppelstunden mit unseren Gästen aus Zentralamerika an, die vor allem von künftigen Spanischabiturient*innen gern genutzt werden, um andere Weltansichten und Erfahrungen kennenzulernen, Sprache und Themen zu vertiefen. Dieses Angebot versuchen wir stetig zu erweitern, indem wir auch verstärkt mit Referent*innen, die uns im Zusammenhang mit dem Projekt „Perspektiven der Anderen“ besuchen, in den Schulunterricht zu gehen. So konnte z.B. David Morales aus El Salvador in einer Schule in Augsburg sprechen. Heizerl Torrez und Pedro Cabezas brachten das Thema Bergbau in den Unterricht der Oberstufe des Michaeli-Gymnasiums München ein.

Wie 2016 boten wir darüber hinaus auch 2017 wieder einen Projekttag an. Dieses Jahr bereiteten unsere Referent*innen das Thema „Jugendliche im Kontext von Gewalt“ für eine 11. Klasse des Michaeli-Gymnasiums vor. Die Schüler*innen befassten sich unterstützt durch Methoden des Globalen Lernens mit dem Thema „Gewalt“ im Zusammenhang mit den Jugendbanden in El Salvador. Und sie erprobten erfolgreich ihr Spanisch, denn der Projekttag wurde vollständig in spanischer Sprache durchgeführt.

Aktivitäten zu Zentralamerika

Feministischer Hip Hop aus Guatemala

Rebeca Lane, Rapperin, Poetin und Aktivistin aus Guatemala, gab Ende Januar im Münchner Muffatwerk ein Konzert. Wir sprachen zuvor in einem Artist Talk auf der Bühne mit ihr über die Hintergründe ihrer Musik und ihrer Texte, diskutierten über Machismo und Frauen-Power in der Rap-Szene, über Banden- und Alltagsgewalt, über Frauenmorde und feministischen Widerstand und über die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus, Militarismus und Patriarchat – nicht nur in Zentralamerika.



Staatsverbrechen im Heim für Mädchen

Am 7. März 2017, dem Vorabend des internationalen Frauentags, probten Mädchen, die in dem Heim „Virgen de la Asunción“ in San José Pinula nahe Guatemala-Stadt untergebracht waren, den Aufstand: Sie wollten auf sich aufmerksam machen, rebellierten verzweifelt gegen grausame und menschenunwürdige Behandlung, Freiheitsentzug, sexuellen Missbrauch und Folter. Die Aufsichtsbehörden hatten jahrelang weggeschaut. In der Nacht wurden die Mädchen eingeschlossen, ein Feuer brach aus, niemand kam zu Hilfe. 41 Mädchen starben durch Rauch und Flammen. Weitere erlitten schwere Verbrennungen. Viele der Mädchen waren vor innerfamiliärer Gewalt in das Heim geflüchtet. Wir wandten uns an den guatemaltekischen Honorarkonsul in München mit der Bitte, unsere Forderungen nach Aufklärung und gerichtlichen Sanktionen weiterzuleiten und wir forderten, der guatemaltekische Staat müsse seine Verpflichtungen aufgrund der Internationalen Kinderrechtskonvention und anderer Abkommen endlich einhalten. Vor dem Eingang des Konsulats organisierten wir eine kurze Mahnwache, bei der wir das Staatsverbrechen des fehlenden Schutzes für die Mädchen in dem Heim anprangerten.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika

Die Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika besteht seit Mitte der 90er Jahre. Seit Oktober 2013 ist das Ökumenische Büro Mitglied im Beirat der Organisation.

Sie publiziert Infos und Spendenaufrufe und entscheidet gemeinsam über die Verwendung von Spenden nach aktuellem Bedarf. So unterstützt die Arbeitsgemeinschaft zum Beispiel Widerstand gegen Privatisierungen, etwa in Nicaragua nach Auflösung der Kooperativen und des staatlichen Agrarreformsektors. Es wird also in politische Mobilisierungen investiert, die gegen derartige Prozesse der Privatisierung und der Konzentration von Land ankämpfen.

BUKO

Die BUnDesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Der seit 1977 meist jährlich stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.

HondurasDelegation & Honduras-Koordination

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Die Gruppe steht in regem Austausch mit Honduras-solidaritätsgruppen u.a. in der Schweiz und in Italien. Sie beteiligte sich am Runden Tisch Zentralamerika und war bei den Meetings der Copenhagen Initiative for Central America (CIFCA), einem Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen in Brüssel präsent, deren Mitglied sie seit Ende 2014 ist. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere der Berliner Gruppe Menschenrechtskette Mexiko - Cadena de Derechos Humanos Honduras (CADEHO) statt.

Das Ökumenische Büro vertritt die HondurasDelegation als eine von 38 Gruppen und NGOs im Brüssler EU-Advocacy-Bündnis Red EU-LAT, das 2017 aus der Fusion von Grupo Sur und CIFCA hervorging.

Im November 2009 riefen Journalist*innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben. Es dient uns seither zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras und ist nach dem Wahlbetrug 2017 und der folgenden Repressionswelle wieder zu einem wichtigen Forum geworden.

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Im Jahr 2017 engagierten wir uns wieder in der Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko und unterstützten die Tätigkeit des Sekretariats der Koordination. Insbesondere organisierten wir gemeinsam mehrere Termine für unsere Gäste aus Mexiko in Europa. Dulcina Parra, Journalistin aus Mexiko und Mitglied der Gruppe „Las Buscadoras“ wurde vom Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments eingeladen. In Berlin trafen sich Dulcina Parra, Dolores González von SERAPAZ und Fernando Ríos mit Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses und weiteren Bundestagsabgeordneten um über Themen wie Verschwindenlassen und das Gesetz für Innere Sicherheit in Mexiko zu diskutieren.

Mission Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tag der ELKB in Nürnberg. Schwerpunktthema 2017 war „Strategien der Befreiung“. Unsere El Salvador-Referent*innen und Freiwillige des Öku-Büros trugen einen Vortrag zum Thema „Freihandelsabkommen in Zentralamerika und ihre Auswirkungen“ bei und hielten einen Workshop zum Thema „Strategien der Befreiung: lokale Initiativen gegen Freihandel und neoliberale Projekte“ vor.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir Beiträge über Honduras, Nicaragua und El Salvador bzw. arbeiten den Verfasser*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Runder Tisch Zentralamerika

Bei einem Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika im November 2013 in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind seither Teil dieser Vernetzung. Wir organisieren den Verteiler des Runden Tisches, nehmen regelmäßig an Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns aktiv an der Programmgestaltung und Durchführung der bisher zweijährigen Tagung des Runden Tisches in der Evangelischen Akademie Hofgeismar.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen, besonders zur Jahreshauptversammlung der Siemens AG in München. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.

Bildcredits

Seite 8:	Simon Pinzek
Seite 14:	Red TdT
Seite 15:	Las Buscadoras de El Fuerte Sinaloa
Seite 16:	Common Credits
Seite 18:	© Hauke Lorenz
Seite 19:	Common Credits
Seite 20:	Uwe Nischwitz
Seite 21:	treemedia e.V.
Seite 22:	Las Buscadoras de El Fuerte Sinaloa
Seite 25, 28, 29, 34:	Luis Méndez
Seite 26:	© Tribunal Supremo Electoral de Honduras
Seite 31:	Giorgio Trucchi REL-UITA
Seite 32:	Gaipe
Seite 35:	pasosdeanimalgrande
Seite 37, 40:	CADEHO
Seite 42:	MADJ
Seite 45:	Honduras Forum Schweiz
Seite 50:	Asociación LGBT Arcoíris de Honduras
Seite 52:	Shirley Mendoza
Seite 54:	farc-ep.co
Seite 56:	Coccam Nariño
Seite 57:	Policía Nacional de Colombia
Seite 59:	Cancillería del Ecuador
Seite 61:	Nikolaus Hoenning
Seite 62:	Alexandra Yepes
Seite 64:	Astrid Saalbach. SEZ, Baden-Württemberg
Seite 65:	ADES
Seite 68:	Cristosal
Seite 71:	Presidencia El Salvador
Seite 75,76,78:	Nikolaus Hoenning – Kinder auf der Flucht e.V.
Seite 79:	Screenshot: el19digital.com
Seite 81:	canal4.com.ni
Seite 84:	Karte: Arte
Seite 85:	Tamara Sophia Kaschek
Seite 86:	Creative Commons, Rodrigo Fernández
Seite 87:	Centro Humboldt
Seite 89, 91, 92, 94, 96:	Tamara Sophia Kaschek
Alle anderen:	Öku-Büro

**Ökumenisches
Büro**



Lateinamerika

**El Salvador • Honduras • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2017 und freuen uns über Rückmedungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team vom Ökumenischen Büros

**Ökumenisches Büro für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.**

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM